Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 68 (2018)

Heft: 1

Buchbesprechung: Rezensionen = Recensions = Recensioni

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rezensionen / Recensions / Recensioni

Gabriela Jancke, Daniel Schläppi (Hg.), **Die Ökonomie sozialer Beziehungen. Ressourcenbewirtschaftung als Geben, Nehmen, Investieren, Verschwenden, Haushalten, Horten, Vererben, Schulden**, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2015, 249 Seiten, 7 Abbildungen.

Die Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes, Gabriele Jancke und Daniel Schläppi, stellen den Umgang frühneuzeitlicher Gesellschaften mit Ressourcen in den Mittelpunkt ihrer methodologischen und theoretischen Überlegungen. Sie verwenden den Begriff «Ressource», da dieser im Unterschied zu «Kapital» besser geeignet sei, um mitzudenken, dass instabile materielle und immaterielle Gütern erst von Potenz in Aktion überführt werden müssten. Zudem gehen sie grundsätzlich von einer untrennbaren Einheit wirtschaftlicher Transaktionen und sozialer Verpflichtungen aus, die sie als die «Ökonomie sozialer Beziehungen» bezeichnen. Damit verfolgen sie das Ziel, späteren empirischen Arbeiten eine neue Perspektive auf menschliches Wirtschaften anzubieten, die es erlaubt, interdisziplinär und jenseits der (vermeintlichen) Dichotomie von Wirtschafts- und Kulturgeschichte bisher unsichtbare historische Phänomene sichtbar zu machen.

Nach der Einleitung folgt unter dem Titel «Forschungsbezüge, Theorien und Methoden» der erste von drei Teilen. Hier plädiert zunächst der Mitherausgeber Schläppi «für eine Kultur- und Wirtschaftswissenschaft, die Gesellschaften auf der Grundlage von persönlichen Beziehungen wahrnehmen, beschreiben und verstehen will» (S. 40). Deswegen gelte es, nach den ökonomischen Logiken von Praktiken und Handlungsmotivationen zu fragen, die in der frühneuzeitlichen Gesellschaft nicht von sozialen Beziehungen zu trennen seien. Der folgende Beitrag von Christof Jeggle liest sich teilweise als kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Ökonomie sozialer Beziehungen und basiert – die Gliederung des Sammelbandes brechend – zur Hälfte auf Fallbeispielen. Dass die Frage nach dem Verhältnis von Märkten zur Ökonomie sozialer Beziehungen gestellt wird und der Markt dadurch als eine eigenständige «Figuration wirtschaftlicher Interaktion» (S. 88) und losgelöst von sozialen Beziehungen in Erscheinung tritt, irritiert, weil dies den konzeptionellen Überlegungen der Herausgeber zu widersprechen scheint.

Der zweite Teil besteht aus zwei Fallstudien, die sich mit dem Thema «Ressourcen im Transfer» beschäftigen. Andreas Pečar zeigt anhand des französischen Königshofs von Versailles und des habsburgischen Kaiserhofs in Wien, dass den Strategien des Hofadels im späten 17. und 18. Jahrhundert eine Status-Ökonomie zugrunde lag. Investitionen wurden demnach getätigt, um Statusgewinne für den einzelnen Amtsträger oder dessen Familie zu generieren und nicht nach rein ökonomischen Gesichtspunkten. Der Beitrag von Sebastian Kühn ist westlichen Gelehrtenhaushalten (Ehefrauen, Kinder, Angestellte und Diener eingeschlossen) um 1700 gewidmet. Er zeigt, wie Ressourcen mobilisiert wurden, indem sie unterschiedlichen Ökonomien des Tauschs, Kaufs und Haushalts entsprechend in Güter, Wissen oder Geld konvertiert wurden.

Den dritten und abschliessenden Teil zu «Beziehungslogiken» beginnt Gabriele Jancke mit ihrer Untersuchung zur Nutzbarmachung von Worten im Kontext von gelehrtem Wissen und Gastlichkeit im 16. und 17. Jahrhundert in Europa. Gelehrte wie Erasmus von Rotterdam oder Abraham Scultetus wussten ihre wissenschaftlichen Kompetenzen in Ruhm und Ehre, Kontakte, Empfehlungen und Status in der ständischen Gesellschaft umzuwandeln. Damit sie nicht nur ihren Lebensunterhalt finanzieren, sondern vielfältige Ressourcen aktivieren konnten, mussten Gelehrte erkennen, was gegebenenfalls als Ressource infrage kam und dies durch Praktiken im jeweiligen Wertgefüge durchsetzen. Margareth Lanzinger untersucht anhand von obrigkeitlich umstrittenen Verwandtenheiraten im 19. Jahrhundert das Verhältnis von Ökonomie und Liebe. Nur indem der Innsbrucker Carl Mörz sein ökonomisches Kapital, sein Wissen, seine sozialen Beziehungen und sein soziales Kapital – und damit sowohl materielle als auch immaterielle Ressourcen – einsetzte, gelang es ihm, den kirchlichen Dispens zur Heirat seiner Schwägerin Josepha Kircher zu erwirken. In seiner Analyse von Zwangsvollstreckungen von Schulden in der Schweiz im 19. Jahrhundert greift Mischa Suter hauptsächlich auf Beispiele aus dem Kanton Zürich zwischen 1830 und 1870 zurück. Er betrachtet zeitgenössische Konkursverfahren als «einen Prozess intensiver sozialer Klassifikation» (S. 186) und betont die relationale Dimension von Schuldbeziehungen, die trotz rechtlicher Regulierung zu Konfliktfällen führen konnten. Gerade deswegen lässt sich trotz einer liberalen Wende im Verfahren der Zwangsvollstreckung keine vollendete Modernisierung feststellen. Auch wenn zunehmend Techniken des Regierens auf Distanz eingesetzt wurden, boten personale Beziehungen Schuldnern Spielräume und behinderten soziale Verpflichtungen und Kollektivität effektive Schuldverfahren. Der folgende Beitrag von Claudia Jarzebowski untersucht auf der Grundlage von Briefen des nach Pennsylvania ausgewanderten Johann Diedrich Fahnenstück an seine in Westfalen zurückgebliebenen Verwandten die Bedeutung von Emotionen als Ressource im 18. Jahrhundert. Die Tatsache, dass keiner seiner Verwandten Zeit seines Lebens auf seine brieflichen Bitten reagierte und trotz vorgängiger Abmachungen nicht ebenfalls auswanderte, stellt den Einsatz des Ressourcenbegriffs in Frage. Dass die emotionalen, von Liebe zu seinen Verwandten und eventuell auch Einsamkeit im fremden Land geprägten Briefe Fahnenstücks von einem Nachfahren bei der Auswanderung 100 Jahre später genutzt werden, um transatlantische Familienbande zu belegen, dehnt den Ressourcenbegriff zu sehr. Im letzten Artikel des Sammelbandes analysiert Kristina Bake die Darstellung von ehelichem Zusammenleben in moralsatirischen Flugblättern des 16. und 17. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum. Dank ihrer Quellenstudie wird klar, dass zeitgenössisch sowohl materieller Besitz als auch persönliche Eigenschaften und die Fähigkeit zu einer guten Haushaltsführung als Voraussetzungen einer glücklichen Ehe angesehen wurden.

Im Sinne einer «Zwischenbilanz des aktuellen Diskussionsstandes» (S. 8) stellt die Ökonomie sozialer Beziehungen eine interessante und forschungstechnisch produktive

Perspektive dar.[1] Es wäre wünschenswert gewesen, dass die Herausgeber ihre konzeptionellen Überlegungen nicht nur auf frühneuzeitliche Gesellschaften beschränkt hätten, da ihre «empirische Beobachtung eines für die Vormoderne ubiquitären Transfers unterschiedlichster Güter» (S. 17) wohl auch für andere Epochen zutrifft. Die Untersuchung von Kontinuitäten und Transformationen sollte stattdessen besser historischen Fallstudien, wie den zeitlich und chronologisch vielfältigen Beiträgen dieses Sammelbandes, überlassen werden. Die Offenheit des Ansatzes, das Insistieren auf den Bourdieu'schen Kapitalsorten anstelle des Ressourcenbegriffs in einigen Beiträgen und das von einigen Forschenden nicht eingelöste Ziel interdisziplinären Denkens (S. 41) offenbaren, dass es sich bei der Ökonomie der sozialen Beziehungen – durchaus zeitgemäss – nicht um ein grosses Metanarrativ oder ein grundlegendes Modell, sondern um eine ergänzende Perspektive handelt.

Eric Häusler, Universität Bern

Dorothee Guggenheimer, **Kredite, Krisen und Konkurse. Wirtschaftliches Scheitern in der Stadt St. Gallen im 17. und 18. Jahrhundert**, Zürich: Chronos Verlag, 2014, 275 Seiten, 25 Grafiken.

Das ökonomische Scheitern ist vermutlich so alt wie die ökonomischen Beziehungen unter Menschen und wird kulturell unterschiedlich wahrgenommen. Während die klassische Wirtschaftsforschung rasch Zusammenhänge zwischen ökonomischen Krisen und dem persönlichen Scheitern oder dem Konkurs von Geschäften statuiert, versucht die kulturhistorisch orientierte und anthropologisch beeinflusste Geschichtsforschung Kredite und Schuldbeziehungen als soziale Faktoren der Vergesellschaftung zu betrachten. Die vorliegende, sorgfältig gestaltete Augsburger Dissertation der St. Galler Archivarin Dorothee Guggenheimer situiert sich zwischen der Rechtsgeschichte und der neueren Kulturgeschichte der Wirtschaft der Vormoderne. Sie untersucht an zahlreichen Gerichtsakten des 17. und 18. Jahrhunderts der Stadt St. Gallen das ökonomische Scheitern von Textilproduzenten. Die Grundfrage, warum es auch in «Phasen des Aufschwungs» zu zahlreichen Konkursen kam, durchzieht das ganze Buch. Guggenheimer grenzt sich somit deutlich von der älteren Forschung ab, die Konkurse oder Fallimente mit Abschwungphasen verbunden hat. Eine reiche Quellenlage in St. Gallen, der wichtigsten Textilstadt in der vormodernen Eidgenossenschaft, bietet Guggenheimer die Möglichkeit, die Kreditbeziehungen, Konkurse und ökonomisches Scheitern aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. So untersucht die Autorin die rechtlichen Grundlagen im Wandel, die quanti-

1 Dem vorliegenden Sammelband ging ein interdisziplinärer Workshop in Berlin 2010, ein Themenbeitrag für die Zeitschrift *L'Homme* (2011) und eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft Frühe Neuzeit in München 2013 voraus.

tativ-strukturellen Ebenen in Verbindung mit der Konjunkturgeschichte, die individuelle Ebenen und abschliessend die kulturellen Deutungsmuster und ihren Wandel.

Dadurch entspannt sich ein breites und facettenreiches Panorama einer wichtigen Stadt des Textilhandels. Methodisch situiert sich die Arbeit entsprechend vielschichtig, das reicht von klassischer Rechtsgeschichte über ökonometrische Ansätze bis zur Diskursgeschichte.

Spannende Einblicke liefert die Autorin aber auch – in nötiger Kürze – in die Sozialgeschichte der Stadt und in die Grundvoraussetzung für den Aufschwung St. Gallens in der Textilproduktion.

Das rechtshistorische Kapitel sondiert die Fallimentsgesetze und die Rechtsordnungen. Es liest sich ziemlich voraussetzungsreich, auch weil die rechtsgenetischen Aspekte nicht im Detail erläutert, beziehungsweise die Gründe für normative Veränderungen erst am Ende des Kapitels nachgereicht werden. Gleichwohl zeigt die Autorin deutlich auf, dass die Verwertung der Konkursmasse in St. Gallen anders als in vielen Regionen des Reichs geregelt wurde. Die Fallimentsmasse beziehungsweise deren Verteilung wurden dem Kreis der Gläubiger überlassen. Daher finden sich in den Gerichtsakten auch kaum Angaben über Art und Weise der konkreten Verteilung. Zumindest lassen sich jedoch Abstufungen und Kategorien der Schuldner erkennen. Deutlich wird auch, dass die Obrigkeit in St. Gallen erstaunlich flexibel reagierte, wenn es um Anpassungen an äussere Bedingungen wie Konjunkturen und vermehrte Konkurse ging. Liberalisierungsschritte des Konkursrechts führten allerdings nicht, wie erwartet, direkt zu weniger Konkursen. Die Zünfte forderten denn auch wieder eine Straffung der Gesetze, weil der Schrecken des Scheiterns nicht mehr deutlich sichtbar sei. Offen bleibt jedoch, wie die Zünfte, die stets eine etatistische Haltung einnahmen, ihre Forderung in die Räte trugen und dort auch durchsetzen konnten.

Das quantitative Kapitel zum Zusammenhang zwischen Konjunkturdaten und den Konkursen in St. Gallen macht deutlich, welche grosse Quellenarbeit und Forschungsleistung der Arbeit zugrunde liegen. Die Konjunkturdaten einer frühneuzeitlichen Stadt liegen bekanntlich nicht einfach so vor und können genutzt werden. Vielmehr wurden sie von der Autorin selbst erhoben und hochgerechnet, wenn auch nur in Stichproben aus den Rats- und Verordnetenprotokollen. Die erhobenen Zahlen zeigen unter anderem auf, dass die Konkursrate nicht an die Gesamtbevölkerungsrate gekoppelt werden darf: Es gab nicht mehr Konkurse bei einem entsprechenden Anstieg der Bevölkerung. Das Gegenteil war der Fall, zumindest im 17. Jahrhundert. Im 18. Jahrhundert haben wir es dann mit umgekehrten Vorzeichen zu tun. Spannend zu lesen sind die Kapitel über die konkreten Kreditbeziehungen und die sozialhistorischen Zusammenhänge. Anhand einzelner Fälle aus unterschiedlichen Berufsgruppen wie Müllern, Amtsleuten, Metzgern oder Kaufleuten zeigt Guggenheimer persönliche Schicksale, Schuldkarrieren und auch Schulddauer auf. Zahlreiche Konkursite waren bereits vor dem endgültigen Konkurs über Jahre verschuldet. Meist waren sie daher den entsprechenden Gerichten bereits bekannt. Interessant

sind auch die Analysen zu den innerstädtischen Schuld- und Kreditbeziehungen, welche sich wie ein Netz durch und über verschiedenste Schichten zog: Berufskollegen, Nachbarn, Verwandte tauchen relativ häufig in den Quellen auf. Insbesondere Metzger schienen meist innerfamiliär verschuldete gewesen zu sein. Frauen und Männer unterschieden sich wesentlich in ihren Kreditbeziehungen. Einerseits erhielten Frauen sehr viel seltener hohe Summen an Kredit und andererseits wurden sie vor Gericht bedeutend strenger verurteilt. Das galt im Übrigen auch für die Kaufleute: Ihnen drohte die Wegweisung in entferntere Orte und häufig auch für längere Zeit als den Herstellern von Produkten oder Handwerkern. Der räumliche Ausschluss aus der Gemeinschaft war heftig, ökonomisch wie sozial betrachtet, weil damit die Verdienst- und Arbeitsmöglichkeiten wegfielen. Den wenigsten war es möglich, sich erneut zu etablieren. sowohl in ökonomischer wie auch politischer Hinsicht. Das wandelte sich erst im ausgehenden 18. Jahrhundert, ab dann konnten Konkursite ihre Schulden lebenslänglich zurückbezahlen oder durch Konkursquoten einen Schlussstrich ziehen.

Insgesamt ist das vorliegende Buch sehr zu loben. Es bietet sehr gute Einblicke in ökonomische und vor allem auch rechtliche Sachverhalte in der Textilstadt St. Gallen und bringt neue Forschungsresultate hervor. Die Akribie, mit der die Autorin die Einzelfälle und die Rechtskomplexität erörtert, kommt ihr manchmal etwas in die Quere. Dem Buch fehlt es etwas an narrativem Schwung und dem Gespür für spannende und unterhaltsame Geschichten, die durchaus in den Details vorliegen würden. Bisweilen wirkt es deshalb etwas trocken und wiederholend. Man kann die Detailgetreue aber auch als Stärke auslegen. Für die künftige Erforschung von städtischen Kreditbeziehungen und Konkursvorgängen weist das Buch durchaus Vorbildcharakter auf, gerade, weil es um die Mehrschichtigkeit des Phänomens und die genauen rechtlichen Zustände bemüht ist und weil es eben aufzeigen kann, dass grosse konjunkturelle Daten nicht immer zwingend auf mikroökonomische Zusammenhänge zurückfallen.

Michael Jucker, Universität Luzern

Regula Wyss, **Reformprogramm und Politik. Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung von Reformideen der Oekonomischen Gesellschaft Bern in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts,** Epfendorf/Neckar: bibliotheca academica Verlag, 2015 (Frühneuzeit-Forschungen, Band 21), 286 Seiten.

In den 1970er Jahren lancierte Ulrich Im Hof mit einem Nationalfondsprojekt zur Schinznacher *Helvetischen Gesellschaft* die Sozietätenforschung am Historischen Institut der Universität Bern. Rund dreissig Jahre später haben nun André Holenstein und Christian Pfister die Untersuchungen auf eine breitere Basis gestellt und vertieft. Ging es damals um die Institutionengeschichte und die sich allmählich herausbildende «politische Öffentlichkeit», so stehen heute die Gewinnung, Verbreitung und Anwendung von Wissen und die Herrschaftspraxis in der Frühen Neuzeit im Vordergrund. Die europaweit gegründeten ökonomisch-patriotischen Sozietäten interessieren primär als Stätten der

Produktion von «nützlichem Wissen» im Hinblick auf Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft. Ein markantes Ergebnis des Forschungsprojekts «Nützliche Wissenschaft, Naturaneignung und Politik. Die Oekonomische Gesellschaft Bern im europäischen Kontext (1750–1850)» ist die vorliegende Dissertation von Regula Wyss.

Am Beispiel der *Oekonomischen Gesellschaft Bern* untersucht die Autorin, wie Reformideen Eingang in die administrative Praxis der Obrigkeit fanden und damit die Umsetzung von neuen Erkenntnissen in Politik und Verwaltung gelang. Sie erörtert zunächst die wesentlichen Charakteristika des altbernischen Staats und definiert die verwendeten Begriffe unter Einbezug neuer Forschungen zur «guten Policey». Methodisch kombiniert sie die serielle Quellenanalyse mit der Auswertung von Fallbeispielen aus dem gut erhaltenen Archiv der Sozietät und den umfangreichen Behördenakten. Befunde der älteren Forschung werden präzisiert oder korrigiert. 17 Diagramme und zehn Tabellen veranschaulichen den Text.

Die noch heute als *Oekonomische Gemeinnützige Gesellschaft Bern* aktive Sozietät wurde 1759 von Johann Rudolf Tschiffeli (1716–1780) zusammen mit gleichgesinnten Angehörigen des bernischen Patriziats gegründet. Sie zählt zu den ältesten ökonomisch-patriotischen Vereinigungen in Europa und wurde zum Vorbild für ähnliche Institutionen. Zweck war hauptsächlich die Förderung der Landwirtschaft, ferner des Gewerbes und des Handels als nachgelagerte Bereiche. Entsprechendes Wissen sollte systematisch generiert und vermittelt werden durch «Topographische Beschreibungen», Preisfragen, in- und ausländische Korrespondenzen, praktische Anleitungen, Prämien für konkrete Leistungen, systematische Datensammlungen und ein Publikationsorgan, das periodisch erschien.

Die *Oekonomische Gesellschaft* war vielfältig mit dem bernischen Staat verflochten. Sie propagierte Themen, denen sich auch die Obrigkeit widmete, und umgekehrt erteilte der städtische Rat der Sozietät Aufträge zu Preisfragen und Gutachten. In der Versorgungspolitik, einer wesentlichen Stütze staatlicher Macht, bestand «Zielparallelität» (S. 183): Man war sich einig, dass eine möglichst autarke Nahrungsmittelversorgung zu einem möglichst erschwinglichen Preis angestrebt werden sollte. Ein nachweisbarer Aktenaustausch belegt die persönlichen Verbindungen der Akteure. Die paternalistischen Strategien der Obrigkeit trugen die Gesellschaftsmitglieder mit, vor allem die Magistratspersonen unter ihnen. Diese vertraten gleichzeitig traditionelle Regierungspraktiken und neue rational-systematische Konzepte. Die Obrigkeit hatte für die Wohlfahrt der Untertanen zu sorgen, musste aber auch auf die althergebrachten lokalen Strukturen Rücksicht nehmen. Die Sozietät fungierte als Plattform für Meinungen auch von Untertanen, die keine politische Mitsprache hatten, etwa in der Kontroverse um den freieren Getreidehandel.

Durch akribische quantitative Analysen legt die Autorin dar, dass vom Reformprogramm nicht ohne Weiteres auf reformerisches Wirken der Mitglieder geschlossen werden darf, und dass umgekehrt auch Nichtmitglieder reformerisch wirken konnten. Die

Strategien und Praktiken der Reformpolitik werden anhand ausgewählter Reformideen behandelt (u.a. Verbreiterung der Ertragsbasis durch Allmendteilung und Bevölkerungspolitik, Sicherheit der Versorgung durch Vorrats- und Handelspolitik, Vermeidung von Schäden wie Insektenbefall und Überschwemmungen). Die Obrigkeit griff für ihre Zwecke auf das Fachwissen und das Netzwerk der Sozietät zurück. Wie dieser Wissenstransfer auch zur praktischen Umsetzung von Erkenntnissen führte, wird anhand der Viehseuchenpolitik Berns ersichtlich: Albrecht von Haller, langjähriger Präsident der Sozietät, war als international vernetzter Gelehrter auf dem neuesten Stand des Wissens und hatte als Mitglied des obrigkeitlichen Sanitätsrats die Möglichkeit, sich direkt für die Anwendung der von ihm selbst propagierten Mittel einzusetzen.

Die engen, zunächst vorwiegend informellen Beziehungen über die involvierten Personen entwickelten sich im Laufe der Zeit zu einer offiziellen Zusammenarbeit. So war die Landesökonomiekommission zeitweise ausschliesslich mit Mitgliedern der Sozietät besetzt. Aus Sparsamkeitsgründen war die Obrigkeit an dem durch die Sozietät vermittelten Wissen interessiert, konnte sie doch dadurch auf die Gründung einer eigenen Akademie oder Beamtenschule verzichten. Das kostengünstige Expertengremium richtete sich dementsprechend weniger auf Grundlagenwissen, sondern eher auf Nützlichkeit und praktisches Anwendungswissen aus. Die *Oekonomische Gesellschaft* war aus der privaten Initiative von Männern entstanden, die bereits staatliche Ämter innehatten oder die darauf aspirieren konnten. Im 18. Jahrhundert waren etwa zwei Drittel der Mitglieder Magistratspersonen, weshalb das Wissen der Sozietät herrschaftsstabilisierend wirkte. Reformideen wurden in die Verwaltung eingebracht, ohne das bestehende politische System ins Wanken zu bringen.

Regula Wyss trägt umsichtig Daten und Fakten zusammen, legt sie strukturiert vor und wertet sie nachvollziehbar in klarer, gut lesbarer Sprache aus. Methodisch sauber, minutiös voranschreitend aufgrund der einschlägigen Fachliteratur und der massgeblichen Quellen, ist ihr eine wissenschaftlich fundierte Arbeit zur frühneuzeitlichen Regierungspraxis und ein erfreulicher Beitrag zu einer der bedeutendsten Sozietäten der Schweiz des 18. Jahrhunderts gelungen.

Emil Erne, Bern

Daniel Tröhler, Danièle Tosato-Rigo, Karine Crousaz, Katja Hürlimann (Hg.), **Verfassung, Bürgerschaft und Schule / Constitution, citoyenneté et école,** Zürich: Chronos Verlag, 2017 (traverse. Zeitschrift für Geschichte - Revue d'histoire 2017/1), 192 Seiten, 12 Abbildungen.

Daniel Tröhler, Danièle Tosato-Rigo, Karine Crousaz und Katja Hürlimann zeichnen verantwortlich für das Heft zur Schulgeschichte unter dem Titel «Verfassung, Bürgerschaft und Schule». Schulgeschichte bearbeiten sie dabei als Teil der Kulturgeschichte, indem sie danach fragen, welchen Zwecken das Wissen, auf das in der Schule abgezielt wird, in der Gesellschaft dienen soll. Dieses zentrale Interesse, so halten sie in ihrem Edi-

torial fest, stellt aber auch eine Verbindung mit der politischen Geschichte her, die sie mit den beiden Begriffen «Demokratie» und «Macht» konkretisieren. Die von der Herausgeberschaft betreuten Beiträge sollen sich so auf eine zentrale Frage richten: «Welche (ideale[n]) BürgerInnen wollen die Schulcurricula formen?»(S. 9)

Die acht Beiträge befassen sich mit unterschiedlichen Themen aus der Schweiz, Luxemburg und Frankreich. Während die vier Beiträge aus der Schweiz Entwicklungen des 19. Jahrhunderts behandeln, thematisieren die drei luxemburgischen Texte und der französische Beitrag Sachverhalte aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Themen, die die acht Beiträge bearbeiten, geben eine breite Palette von Beispielen, an denen sich die Frage nach dem jeweiligen Zweck der Schulbildung diskutieren liesse. Nicht bei allen ist allerdings die Verbindung zwischen der eigenen Fragestellung und dem Fokus des Themenheftes gleich offensichtlich: Das Editorial, welches knapp verdeutlicht, wie die Herausgeberinnen und Herausgeber denselben in den einzelnen Texten wiedererkennen, ist zwar hilfreich. Dennoch hätte man sich eine etwas ausführlichere Diskussion der Grundthematik in der Einleitung gewünscht.

Als inhaltliche Gemeinsamkeit der meisten Beiträge kann gesehen werden, dass die schulische Bildung in der Moderne offenbar doch zumeist auf das Zugehörigkeitsgefühl künftiger Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat beziehungsweise zu ihrer Nation abzielte. Daneben sollten Schülerinnen und Schüler aber auch eine moralische Entwicklung vollziehen. Dies zog zumeist religiöse Interpretationen von Sachverhalten und Unterrichtsinhalten nach sich, wobei diese sicher christlich geprägt, häufig aber auch konfessionell gebunden (katholisch oder reformiert) waren.[2] Die nationale Dimension wird schon im ersten, von Lukas Boser Hofmann und Nathalie Dahn-Singh verfassten Beitrag sichtbar. Sie bringen das politische Programm von Liberalen im frühen 19. Jahrhundert, Kämpfe um die Vertretung von Fächern (in diesem Fall der Geographie) in Lehrplänen und unterrichtliche Zielsetzungen (so etwa die Heranführung von Lernenden an die visuelle Repräsentation von Staat und Nation über kartographische Darstellungen) in der Waadt und in Solothurn zusammen. Sie schliessen, dass es Absicht gewesen sei, mit der räumlichen Vorstellung über die Einprägung von Karten die Kinder stärker an Staat und Nation zu binden.

Auch im nächsten Beitrag von Ingrid Brühwiler und Alexandre Fontaine wird die Zeitgebundenheit von pädagogischen Entwürfen betont. Er widmet sich der Verbreitung

2 Vgl. Alexander Lötscher, Claudia Schneider, Béatrice Ziegler (Hrsg.), Reader. Was soll Politische Bildung? Elf Konzeptionen von 1799 bis heute, Bern 2016. Dieser Band präsentiert unterschiedliche, in der Schweiz entwickelte Entwürfe einer politischen Bildung aus zwei Jahrhunderten.

der Lehrmethode von Père Grégoire Girard, dem «enseignement mutuel»[3], insbesondere in der Regeneration. Mit dem in dieser Methode vorgesehenen Wechsel zwischen Lehrervortrag und Formen, in denen fortgeschrittene Schülerinnen und Schüler andere Lernende unterrichten, waren auch Sparerwartungen verbunden. So konnten mehr Kinder gleichzeitig unterrichtet und allenfalls Lohnkosten für Lehrer gespart werden. Dies zu einer Zeit, als die Zahl der Kinder stark zunahm und die Finanzkraft vieler Gemeinden und Kantone noch relativ gering war. Gleichzeitig vermochte die Lehrmethode, so die damalige Auffassung, den Kindern ein Gefühl moralischer Verantwortlichkeit für die Entwicklung anderer zu vermitteln. Sie habe den moralisch beeinflussten «écolier-citoyen» im Auge gehabt, der damit Ordnung und Einfügung gelernt habe. Diese Zielsetzung hätten die Bildungssysteme sowohl katholischer wie protestantischer Kantone verfolgt, so dass in der Umsetzung zwischen diesen kaum Unterschiede feststellbar gewesen seien.

Michèle Hofmann befasst sich mit der Bildung von sogenannt «schwachsinnigen» Kindern im 19. Jahrhundert. Sie hält fest, dass auch bei diesen die Zielsetzung galt, sie als zukünftige Bürgerinnen und Bürger zu schulen. Dies beinhaltete Lesen, einfaches Kopfrechnen sowie Vaterlandskunde. Die jungen Männer sollten soweit unterrichtet werden, dass sie auch zum Wehrdienst zugelassen werden konnten. Als zukünftige Bürger und Soldaten sollten sie imstande sein, ihren eigenen Unterhalt zu verdienen. Allerdings war man davon überzeugt, dass diese Lernenden in Sonderschulen unterrichtet werden sollten, da dort ihren Bedürfnissen am besten entsprochen werden könnte.

Rebekka Horlacher untersucht die Erwartungen, die mit der Einführung von Politischer Bildung – die auch *instruction civique* oder Staatsbürgerkunde hiess – verbunden waren. Sie stellt einleitend fest, dass gerade für dieses Fach sehr unterschiedliche Wege der Integration in die Lehrpläne gewählt wurden. Um dies zu zeigen und die Bezüge zwischen den pädagogischen Entscheidungen und der sozialen und politischen Situation sichtbar zu machen, stellt sie die beiden als fortschrittlich beziehungsweise modern geltenden Kantone Zürich und Waadt nebeneinander. Die Tatsache, dass die Waadt ein neu geformter Kanton war, bezeichnet sie dabei als markante Differenz zwischen den beiden. In Zürich sieht die Autorin die Diskussion – vor dem Hintergrund eines etablierten und traditionsreichen Staatswesens des Kantons – geprägt von der Auseinandersetzung um die Frage der demokratischen Ausgestaltung und damit der Partizipation der Bürger. Damit sollte in der Schule nicht nur historisch-politisches Wissen vermittelt, vielmehr sollten auch ein politisches Bewusstsein und eine partizipative Haltung herbeigeführt werden. In der Schule der Waadt erlangte die Politische Bildung zwar ebenfalls einen gesicherten Platz. Das Fach sollte aber vor allem politisches Wissen vermitteln und die Pflich-

3 Vgl. dazu auch Pierre-Philippe Bugnard, Mariano Delgado, Fritz Oser et Francis Python, Un pédagogue à l'origine de l'école actuelle. Le Père Grégoire Girard (1765–1850). Textes essentiels et biographie, Neuchâtel 2016.

ten eines Staatsbürgers deutlich werden lassen, um die Qualität der politischen Prozesse zu sichern.

Der erste Beitrag zum luxemburgischen Schulsystem macht deutlich, dass dieses in enger Verbindung zur Neugründung des Staates nach der nationalsozialistischen Besatzung gesehen werden muss. So wurde Französisch als einzige offizielle Sprache festgelegt, obwohl ein wesentlicher Anteil der Bevölkerung deutschsprachig war. Die Setzung knüpfte aber auch an die Grundlagen der Nationalstaatsgründung im 19. Jahrhundert an, als Französisch die Sprache der Eliten und Amtssprache war, die vor allem die Kinder im städtischen Milieu erlernten, während die Kinder aus der ländlichen Bevölkerung primär luxemburgisch eingeschult wurden. Auch das festzulegende Schulsystem der Nachkriegszeit sei im Dienst des *nation-building* gestanden. Am Beispiel der Gründung des *Institut pédagogique* im Jahr 1958, mit welchem eine Reform der Lehrerbildung erreicht werden sollte, zeigen Ragnhild Barbu und Jil Winandy, dass es nicht gelang, den religiösen und patriotischen Leitbildern zu entkommen. Dies hatte zur Folge, dass sich traditionelle Vorstellungen zur Unterschiedlichkeit der Geschlechter, aber auch zu unterschiedlichen Ansprüchen der Ausbildung zukünftiger Eliten einerseits und der breiten Bevölkerung andererseits weiterhin sowohl in den Strukturen wie in den Inhalten durchsetzten. Erst mit der Ablösung des Instituts im Jahr 1983 und der Gründung der Universität 2003 habe sich die Möglichkeit zu Veränderungen ergeben, auch wenn die Autorinnen den Verdacht äussern, dass sich im Kern bis heute nichts Grundsätzliches verändert habe.

Catherina Schreiber befasst sich am Beispiel von Schulhausbauten der 1950er und 1960er Jahre in Luxemburg mit der theoretischen Auseinandersetzung darüber, wie das Zusammenspiel schulischer Inhalte, Schulorganisation und Schulgebäude funktioniere. Die Schulgebäude dieser Zeit hätten zur Konstruktion der nationalen Einheit beigetragen und zusammen mit anderen öffentlichen Gebäuden ein Ensemble gebildet, das für die Bekämpfung von Armut und Kriminalität gestanden habe. Die Gestaltung der Bauten habe zudem den Kindern eine Lebensform vorgeschlagen, indem sie sich einerseits in die Gemeinschaft einzufügen hatten und andererseits dieselbe mitgestalten sollten. Schulgebäude dienten zudem der kulturellen Selbstdefinition, die auch soziale Gerechtigkeit ermöglichen sollte. Sie dienten aber auch der Definition und Gewöhnung der nachkommenden Generationen als Staatsbürger. Obwohl die Schulgebäude eine vereinheitlichende Funktion besassen, blieb Raum für soziale, regionale und kulturelle Ausdifferenzierungen, was die Akzeptanz der Gebäude ermöglichte, aber auch zur Bestätigung bestehender innernationaler Differenzen führte.

Matias Gardin thematisiert aufgrund einer Zeitungsanalyse die Konsequenzen zweier Entwicklungen in Luxemburg, die sich seit den 1980er Jahren verbinden. 1984 wurde das zweisprachige Land zu einem dreisprachigen, indem Luxemburgisch zu einer eigenständigen Sprache erhoben wurde. Zwar ist die Mehrsprachigkeit wesentlich der jeweiligen kulturellen Nähe der Regionen zu den Nachbarländern geschuldet, sie bildet aber auch eine soziale Schichtung ab. Mit dem Gesetz von 1984 sei die Stratifizierung der

luxemburgischen Gesellschaft wesentlich über die Sprachmächtigkeiten perpetuiert worden. Die enormen Sprachhürden, die sich für die Schülerinnen und Schüler damit aufbauten, erfuhren eine soziale Zuspitzung mit der seit den 1970er Jahren erfolgenden Zuwanderung vor allem von Portugal. Die Fixierung des Luxemburgischen als Sprache der Integration kritisiert der Autor angesichts der Tatsache, dass Französisch die verbreitetste Verkehrssprache ist und von der migrantischen Bevölkerung teilweise gesprochen wird, zumindest aber sehr viel leichter erlernbar ist.

Der Beitrag von Patricia Legris befasst sich mit französischen Reformen der 1970er Jahre, in denen statt des traditionellen Geschichtsunterrichts neu ein Fach geschaffen werden sollte, das die Geschichte mit sozialwissenschaftlichen Perspektiven verbinden sollte. Diese Reform stand im Zeichen der Schaffung eines neuen Staatsbürgers, der über aktuelle Fragen informiert ist und eine gesellschaftliche Aktivität zugunsten der Gemeinschaft entfalten kann und will. Ein einheitliches *Collège*, statt eines gestuften wie bisher, sollte zudem die Gleichheit in der Ausbildung fördern und damit die Integration der Gesellschaft stützen. Allerdings erfuhren diese Ideen einer Veränderung der Gesellschaft über die Reform der sozialwissenschaftlich-historischen Bildung auch Opposition, indem auf die Notwendigkeit einer nationalen Verankerung der Staatsbürger gepocht wurde. Nach einer umfassenden Kontroverse kehrte die Regierung zu einer national orientierten Idee von Staatsbürgerlichkeit und einem entsprechend traditionellen Geschichtsunterricht zurück.

Bedauerlicherweise machen die Autorinnen und Autoren nicht immer deutlich, auf der Basis welcher Quellenkorpora sie zu ihren Darstellungen und ihren Erkenntnissen kommen. Ebenso sind nicht alle Autorinnen und Autoren gleich vorsichtig bei Verallgemeinerungen und Schlussfolgerungen auf der Grundlage von – notwendigerweise schmalen – Vergleichen. Ferner hätte bei der Zusammenstellung der Beiträge stärker darauf geachtet werden können, die Leserschaft ausgehend vom Grundthema in den jeweiligen inhaltlichen Kontext einzuführen.

Dennoch präsentiert sich der Schwerpunkt «Verfassung, Bürgerschaft und Schule» mit seiner Palette von Beiträgen als ein in seinen Einzelteilen sehr anregendes, aber höchst lückenhaftes Puzzle zur Frage, wie Schule zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen Milieus mit künftiger Staatsbürgerschaft oder künftiger Beteiligung an der Gesellschaft in Bezug gesetzt worden ist. Die Beiträge geben interessante Einblicke und zeigen, dass die Thematik sowohl in ihrer theoretischen Erfassung wie in ihrer konkreten Erforschung Aufschluss zu liefern vermag, was Gesellschaften von Schule erwarten und welche Bedeutung Staats- und Staatsbürgerkonzepte bei diesen Erwartungen haben. Umgekehrt wird immer wieder deutlich, dass pädagogische Überzeugungen und Reformanstrengungen sich in den politischen Prozessen mit solchen Erwartungen erfolgreich verknüpfen oder von ihnen ganz oder in Teilen blockiert werden.

Die Einblicke in die luxemburgischen Reformanstrengungen der letzten fünfzig Jahre erlauben wichtige Einsichten in die (staats-)politischen Bedingtheiten der Gestaltung

der Schule. Sie sollten mit gleichzeitigen schweizerischen Entwicklungen verglichen werden, denn dies wäre auch für das Verständnis der Bildungspolitik und der auf Demokratie, Staat und Nation bezogenen Ausgestaltungen der Schule in der Schweiz aufschlussreich.

Béatrice Ziegler, Bern

Christian Keller, **Visionen, Volkshetze, Betrügereien. Der Weg zum modernen Steuerstaat am Beispiel der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (1833–1928)**, Zurich: Chronos, 2017, 223 pages, 9 illustrations.

Christian Keller retrace un siècle d'histoire fiscale, avant tout dans le domaine des impôts directs, des cantons de Bâle-Ville et Bâle-Campagne. Comme le remarque l'auteur, l'historiographie helvétique s'est jusqu'à présent surtout «concentrée sur le niveau de la Confédération et les aspects formels» (p. 18). Son travail répond à une double lacune: il propose non seulement une histoire institutionnelle et politique de la fiscalité, mais accorde également une grande attention aux aspects culturels et aux pratiques. Il rend justice au niveau cantonal, étrangement peu étudié malgré son importance cruciale dans le fédéralisme suisse.

L'étude se compose de trois parties, détaillant les problématiques spécifiques à chacun des deux cantons: la première décrit les politiques fiscales menées tout au long de la période étudiée, la seconde tisse le lien entre «Steuermentalität» et résistances fiscales, la troisième aborde la question du contrôle fiscal. Dans tout l'ouvrage, la dimension comparative se révèle particulièrement fertile, tant le contraste entre les deux cantons est vif.

La partie concernant les politiques fiscales retrace les processus de décisions entourant les (tentatives de) révisions fiscales, les buts poursuivis et les arguments mobilisés par les différents acteurs. Bâle-Ville, alors politiquement aristocratique et conservatrice, introduit dès 1840 une imposition sur le revenu progressive particulièrement moderne et remarquée bien au-delà des frontières helvétiques – une place à l'avant-garde de l'innovation fiscale qui sera conservée à travers les réformes fiscales successives et l'évolution politique pendant au moins un siècle. Bâle-Campagne qui dispose de droits démocratiques beaucoup plus étendus conserve, au moins jusqu'en 1928 lorsqu'il est le dernier canton suisse à adopter une loi générale d'impôt, une fiscalité sous-développée et rétrograde. L'auteur explique ces divergences qui peuvent sembler *a priori* paradoxales par des facteurs économiques et financiers, les spécificités des dynamiques politiques et les instruments de démocratie directe, les relations entre les citoyens et leurs autorités – tout en soulignant que dans les deux cas les impôts destinés à des buts précis sont plus facilement adoptés par les corps électoraux.

La deuxième partie s'attache aux représentations fiscales des contribuables et aux liens que celles-ci entretiennent avec les différentes formes de résistances fiscales que l'auteur identifie. La «mentalité fiscale» dépend non seulement de la pression fiscale, mais

également de nombreux autres éléments: l'orientation politique et la conception de l'État, la confiance ou la défiance envers les autorités ou encore les conceptions et pratiques en matière de charité. L'auteur propose cinq modalités de résistances fiscales qui peuvent être mobilisées par des contribuables, particuliers ou à titre collectif, selon les revendications, les contextes et les périodes: le chantage (p. ex. par la menace de réduire les dons de bienfaisance), les instruments de démocratie directe, l'évitement fiscal (évasion, soustraction, fraude), la fuite fiscale (partir s'installer ailleurs) et enfin, la forme de résistance la plus frontale, le refus fiscal. Cette dernière modalité est illustrée de manière frappante à Bâle-Campagne en 1920 lors du «Steuersturm». Alors que le gouvernement cantonal exige des commissions de taxation d'appliquer plus strictement les dispositions fiscales, plusieurs assemblées communales interdisent aux percepteurs de transmettre les contributions aux autorités cantonales. Les principaux enjeux de cette résistance tiennent à des questions relatives à la justice fiscale et à l'autonomie communale, mais portent également des revendications pour une réforme en profondeur de la fiscalité. Le Conseil d'État parvient toutefois à s'imposer, renforçant ainsi, dans une certaine mesure, son assise fiscale et son pouvoir face aux communes.

La troisième partie sur le contrôle fiscal porte sur la procédure d'imposition et la perception, surtout sous l'angle des pratiques effectives. Il s'agit ici d'une véritable histoire de l'administration, de sa professionnalisation, de l'évolution de ses prérogatives face aux individus et de son activité disciplinaire. Toutefois, ce renforcement n'est pas lisse et homogène et le gouffre entre ce que prévoient les réglementations et ce que veulent, théoriquement, les autorités d'une part, et la réalité d'autre part est souvent béant. Le scandale qui secoue Bâle-Ville en 1918 le démontre: une commission parlementaire, renseignée par des employés subalternes de l'administration fiscale, révèle que la direction de l'administration fiscale s'emploie à protéger activement la fraude massive à laquelle se livrent certains gros contribuables; et bien que le Conseiller d'État socialiste en charge des finances et le directeur des contributions quittent leur poste en 1920, c'est l'adjoint du deuxième, pourtant au centre du scandale, qui reprend la tête de l'administration fiscale. Le scandale remet en cause la notion de justice fiscale, essentielle au consentement des contribuables, en brisant l'illusion d'une égalité de ces derniers face à l'impôt et aux autorités – et illustre que la fraude fiscale n'est pas uniquement une question de morale individuelle, mais un enjeu social et économique avec une dimension systémique, tant du point de vue des représentations que sur le plan matériel, au regard d'un système fiscal dans son ensemble.

Bien que l'on puisse parfois regretter un manque de détails et le sacrifice de quelques approfondissements, le format de l'ouvrage et l'écriture rendent la lecture très vivante et agréable. Dans l'ensemble, ce travail, fondé sur des sources riches et originales, ouvre des pistes très stimulantes non seulement pour l'histoire de la fiscalité en Suisse, mais aussi pour l'histoire générale des deux cantons, de l'administration et de l'État.

Sylvain Praz, Université de Lausanne

Alfred Bodenheimer (Hg.), **«Nicht irgendein anonymer Verein …». Eine Geschichte der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich**, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2012, 336 Seiten.

Die Israelitische Cultusgemeinde Zürich ist heute die grösste jüdische Gemeinde der Schweiz. Zu ihrem 150. Geburtstag hat sie sich ein Buch geschenkt, in dem die bewegte Geschichte der ICZ nacherzählt wird. In den 150 Jahren seit der Gründung der Gemeinde im Jahr 1862 habe es immer wieder etwas anderes bedeutet, «nicht irgendein anonymer Verein» zu sein, betont der Verfasser und Herausgeber des Bandes Alfred Bodenheimer, Professor für Religionsgeschichte und Literatur des Judentums in Basel. Mitautorinnen und -autoren sind Sabina Bossart, Daniel Gerson, Stefanie Mahrer und Erik Petry. Sie alle waren bei Erscheinen des Buches am Zentrum für Jüdische Studien in Basel tätig.

Die Geschichte von der Gründung der ICZ bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs erzählt Daniel Gerson. Er beginnt seine Ausführungen mit den bewegten Debatten im Kantonsparlament Ende der 1850er Jahre, in denen die rechtliche Gleichstellung der Juden im Kanton Zürich gefordert wurde. Am 3. März 1862 wurde das Emanzipationsgesetz vom Kantonsrat angenommen. Nur kurze Zeit später wurde die Israelitische Cultusgemeinde Zürich von zwölf Männern gegründet. Gerson schildert, wie die Infrastruktur (Friedhöfe, Synagoge) ausgebaut wurde und er erzählt von den internen Auseinandersetzungen in der Frühphase der Gemeinde. Wie verbindet man die verschiedenen Strömungen von Liberalen und Orthodoxen, von Traditionalisten und Reformern in einer Einheitsgemeinde? Gegen aussen hin wollten die «ICZ-Pioniere» eine Gemeinde gründen, die «dem aufgeklärt liberalen Zeitgeist verpflichtet war» (S. 27). Aber im Innern waren die weltanschaulichen Differenzen bald zu gross: 1895 kam es zur Spaltung. Ein Teil der Orthodoxen, denen die Reformtendenzen zu weit gingen, verliessen die ICZ und gründeten die Israelitische Religionsgesellschaft Zürich (IRG). Daniel Gerson erzählt in seinem Kapitel auch von dem diskriminierenden Umgang mit den ostjüdischen Einwanderern sowie der schweren Identitätskrise, in die die Einheitsgemeinde mit dem Aufkommen des Zionismus stürzte. Thema sind auch die äusseren Anfeindungen, mit denen die Gemeinde Ende des 19. Jahrhunderts konfrontiert waren. Dazu gehörten die wüsten judenfeindlichen Debatten, die die Volksinitiative zur Einführung des Schächtverbots von 1893 begleiteten. Die grosse Differenz zwischen der formalrechtlichen Gleichstellung der jüdischen Bürger und ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz war geblieben.

Den nächsten Abschnitt der Geschichte der ICZ hat Erik Petry verfasst: Darin enthalten sind die turbulenten Entwicklungen während der beiden Weltkriege und der Zwischenkriegszeit. Die Wirtschaftskrise traf die kleine Gemeinschaft an der Limmat mit doppelter Wucht. Die Arbeitslosigkeit stieg unter der jüdischen Bevölkerung stark an, und die grosse Zahl von Flüchtlingen und Migranten, die sich an die Armenpflege der ICZ wandten, zwangen den Vorstand, eine eigene «Fürsorgekommission» einzurichten. Zum Gegenstand von Petrys Ausführungen gehören auch der sich verstärkende äussere Druck auf die jüdische Gemeinde und die kontrovers geführten internen Debatten, wie

man auf die Anfeindungen reagieren soll. Die jüdische Gemeinschaft empfand sich noch immer nur als geduldete Gruppe in der Schweiz, die auf keinen Fall auffallen und damit antisemitische Reaktionen provozieren wollte. Von einem ähnlichen Dilemma zeugt der Umgang der ICZ mit dem Zionismus. In aller Regel wurden Motionen, die sich für die Unterstützung des Palästinaaufbaus stark machten, von den Delegierten der ICZ abgelehnt. Zu sehr fürchtete man den Vorwurf der doppelten Loyalität, man könne nicht «mit einem Tuches (Hintern) auf zwei Chassenen (Hochzeiten) sein», argumentierte ein Votant (S. 108). Neutralität war oberstes Gebot. Ab 1933 stand die ICZ ganz im Bann der Flüchtlingsarbeit, die die jüdischen Gemeinden der Schweiz hoffnungslos überforderte: Zum einen mussten sie die gesamten Kosten der jüdischen Flüchtlinge alleine tragen, zum anderen fürchtete man zu viel Solidarität, da man gerade in diesen turbulenten Krisenjahren nicht zu sehr als «Juden», sondern als «Schweizer» auftreten wollte.

Zentrale Themen während der Kriegsjahre waren die Angst vor einem deutschen Angriff und die zusehends untragbare Last der Flüchtlingsarbeit. Petry erzählt, wie die ICZ darum auch Jüdinnen und Juden verstärkt und durchaus aggressiv zum Beitritt in die Gemeinde aufforderte, da Nichtmitglieder auch keine Steuern zahlten, was als höchst unsolidarisch empfunden wurde.

Die Nachkriegsjahre bis in die Mitte der 1970er Jahre hinein behandelt Stefanie Mahrer. Anschaulich schildert sie die Geschichte der ICZ in ihrem Suchen nach einer neuen Rolle. Entscheidende Themen in diesem Kapitel sind die Haltung der ICZ zum neu gegründeten Staat Israel, die anhaltend intensive Flüchtlingsbetreuung, die die Gemeinde auch nach dem Krieg finanziell stark belastete, sowie das verstärkte Engagement in der Jugendarbeit. An den Fragen der Jugendarbeit entzündeten sich aber manche Debatten, die die Spannungen um die religiöse Ausrichtung der Gemeinde auch in der Nachkriegszeit deutlich machten.

Einigen Konflikt bot auch die Frage nach der Haltung zum neu gegründeten Staat Israel. Zum Beispiel wollten die Zionisten in der ICZ den Unabhängigkeitstag Israels jeweils feierlich begehen, der grosse Rest inklusive Vorstand aber verhinderte dies bis 1956 erfolgreich. Immer noch fürchtete man in der Gemeinde den Vorwurf der doppelten Loyalität. Mahrer beschreibt die Haltung gegenüber Israel als «freundliche Zurückhaltung» – zumindest bis Mitte der 1950er Jahre. Dann folgte ein Kurswechsel hin zu einem engagierteren Bekenntnis zum Staate Israel. Stark unterstützt wurde die neue Haltung von den Jugendbünden. Entscheidend war in diesen Jahren auch die Einstellung der nichtjüdischen Bevölkerung in der Schweiz gegenüber Israel, die sich vor allem während des Sechstagekrieges solidarisch zeigte mit dem jungen Staat.

Sabina Bossert und Alfred Bodenheimer erzählen schliesslich von der letzten Etappe der ICZ-Geschichte, den Jahren 1977 bis 2011. Die Anfänge dieser Zeitspanne sind geprägt von der charismatischen Führung unter Präsident Sigi Feigel. Die Gemeinde erlebte eine kulturelle Blüte und zusehends öffentliche Beachtung, was auch mit dem politischen Bemühen um eine öffentlich-rechtliche Anerkennung im Kanton zusammenhing.

Eine einschneidende Entwicklung in der jüngsten Phase der ICZ-Geschichte war der Konflikt zwischen dem religiösen und liberalen Flügel innerhalb der Gemeinde, der 1978 zur Gründung der Jüdischen Liberalen Gemeinde Or Chadasch führte. Als eigentlichen «Schock für die Schweizer Juden» bezeichnen die Autoren die Mitte der 1990er Jahren geführten öffentlichen Debatten rund um die nachrichtenlosen Vermögen von Holocaust-Opfern auf Schweizer Banken. Die historische Aufarbeitung verwandelte sich phasenweise zu einer wüsten Debatte über «die Juden». Die ICZ wurde in den Strudel der Ereignisse hineingezogen, als Präsident Werner Rom zum Ansprechpartner von Wachtmann Meili wurde, der sensible Akten der Schweizerischen Bankgesellschaft vor dem Schreddern bewahrt hatte. Ein eigentlicher Meilenstein in der Geschichte der ICZ war schliesslich die öffentlich-rechtliche Anerkennung der jüdischen Gemeinde durch das Zürcher Stimmvolk im Februar 2005.

Die Autorinnen und Autoren des Buches sowie die Auftraggeberin hatten nie im Sinn, eine «Jubelschrift» zum 150-jährigen Geburtstag der ICZ zu verfassen. Das schön gestaltete Buch in grauem Leinengewand ist für ein breites Publikum gedacht, man wollte «*eine* Geschichte der ICZ» informativ und unterhaltend zugleich erzählen. Das ist den Autorinnen und Autoren vollends gelungen. Da sich das Buch aber auch an ein wissenschaftliches Publikum richtet, wäre in einzelnen Teilen (Zionismus, Weltkriege, Antisemitismus) eine etwas konsequentere Einbettung in den neusten Stand der geschichtswissenschaftlichen Forschung wünschenswert gewesen. Es wird nahe an den Quellen erzählt, aus Sitzungsprotokollen, Geschäfts- und Jahresberichten der ICZ zitiert. Diese Quellennähe legt viele schöne Anekdoten und illustrative Beispiele offen, die die 150-jährige Geschichte der ICZ greifbar, anschaulich und lebendig machen.

Marlen Oehler Brunnschweiler, Zürich

Nino Kühnis, **Anarchisten! Von Vorläufern und Erleuchteten, von Ungeziefer und Läusen. Zur kollektiven Identität einer radikalen Gemeinschaft in der Schweiz, 1885–1914,** Bielefeld: transcript, 2015 (Histoire, 76), 564 pages, illustrations.

Il s'agit de la publication d'une thèse, poursuite d'un travail de licence à l'Université de Zurich. Terminée à l'été 2012, elle n'a malheureusement pas pu être soutenue en raison de la mort tragique de son auteur. Ses amis se sont chargés de préparer le manuscrit pour la publication, sans y apporter de modifications autres que formelles.[4]

Nino Kühnis a dépouillé attentivement les principaux périodiques anarchistes ou «anarchoïdes» publiés en Suisse entre 1885 et 1914: dix en allemand, quatorze en français,

4 L'édition est soignée, même si on aurait souhaité une relecture plus attentive des extraits cités en français: l'accentuation des lettres, les césures et l'usage des majuscules semblent aléatoires, ce qui rend absurdes les *[sic]* introduits. La forme «der *Le Réveil*», «die *L'Exploitée*» est pour le moins peu esthétique.

ainsi que sept journaux non anarchistes, des quotidiens pour la plupart. Dans ces derniers, il a sélectionné quelques événements dont il compare le traitement, comme l'assassinat de l'impératrice d'Autriche en 1898. Il a cherché dans tout ce corpus les éléments lui permettant de décrire une identité collective de la communauté des anarchistes, ses valeurs, ses spécificités, ses différences avec la société environnante et l'image que celle-ci entretient des anarchistes et de l'anarchisme.

La période prise en compte commence avec le *Rapport sur l'enquête relative aux menées anarchistes en Suisse* de 1885, résumée par le procureur général de la Confédération Eduard Müller, et s'arrête à la déclaration de guerre qui changera profondément la population étudiée: des militants rentrent en Allemagne, en France ou en Italie, des réfugiés leur succèdent, la presse est partiellement bâillonnée. La crainte des attentats et plus généralement de la «propagande par le fait», grèves et sabotages, est répandue dans la presse quotidienne, et les journaux anarchistes y répondent par l'ironie, la provocation, la «propagande par l'écrit».

Après l'introduction théorique, un utile survol de l'histoire de l'anarchisme en Suisse se fonde essentiellement sur un chapitre de Max Nettlau,[5] sur les travaux de l'équipe d'Erich Gruner – lus d'un œil critique – et quelques études plus récentes. L'auteur souligne la surveillance à laquelle sont soumis ceux qui sont soupçonnés d'anarchisme – pas toujours à bon escient, les lettres des informateurs et des mouchards en témoignent. Les outils de la répression s'internationalisent dès la fin du XIXe siècle, et touchent de plein fouet les étrangers et réfugiés en Suisse: de 1885 à 1901, quelque 220 anarchistes ou considérés comme tels sont expulsés du pays,[6] et cela ne cessera pas.

Une histoire suisse du mouvement anarchiste, alors que «les anarchistes n'ont pas de patrie», alors que la presse bourgeoise les qualifie de *unschweizerisch*? C'est surtout autour de la question nationale / internationale que Nino Kühnis construit son cadre conceptuel. Les journaux anarchistes, selon l'auteur, construisent, constituent et affirment une identité par le biais de *Hypergüter* (des notions, des valeurs immatérielles) positifs ou négatifs et de *Framing Prozesse* (la démarcation par rapport à d'autres groupes sociaux). L'identité collective, sans cesse renouvelée, renforce la cohésion et la conviction des militants de manière positive (le «*Wir*», qui servait de titre à un travail antérieur de l'auteur);[7] à l'inverse, elle permet de définir le négatif, l'adversaire: contre le prolétariat

5 Max Nettlau, Anarchisten und Syndikalisten [1932], Vaduz 1984.

6 Voir aussi: Johann Langhard, Die anarchistische Bewegung in der Schweiz, Berlin 1903.

7 Nino Kühnis, Wir. Selbstwahrnehmung und -darstellung in der deutschsprachigen anarchistischen Presse der Schweiz 1885–1914 (Lizenziatsarbeit der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich), Zürich 2007.

producteur, le bourgeois profiteur; contre l'Internationale, la nation. Le sous-titre de l'ouvrage met en évidence ces deux représentations antagonistes.

La démarche est intéressante, bien qu'elle puisse être déroutante pour une lectrice habituée à la littérature francophone. On peut regretter que l'identité reste ici entièrement définie par l'idéologie. Pas ou peu de noms, pas ou peu d'événements donnant lieu à des commentaires, même lorsque des moyens d'action comme la grève ou le boycott sont évoqués: les textes semblent intemporels. C'est bien le cas, certes, pour une partie de la propagande – car les périodiques militants sont avant tout instruments de propagande. Mais le discours antipatriotique, anti-électoral ou syndicaliste n'est pas immuable au cours des trente années considérées, selon l'évolution de la situation politique; il serait intéressant d'affiner l'analyse. Le choix d'une histoire conceptuelle, et non d'une histoire du mouvement, anonymise les auteurs des textes cités: là aussi, il serait intéressant de savoir si tel ou tel article provient de la rédaction, d'un militant «de base», d'une correspondance, voire d'une citation.

Ce choix de l'anonymisation est argumenté, mais il soulève un problème, celui de l'origine des textes cités, comme dans les exemples suivants. Elisée Reclus, mort en 1905, n'a évidemment pas écrit d'articles pour la *Revolutionäre Bibliothek* qui paraît en 1906. L'article de Kropotkine dans le même numéro, présenté comme une «lettre», a été écrit en 1881 pour *Le Révolté*. Plus généralement, il s'agit là d'une anthologie de textes publiés ailleurs ou traduits. Les rédacteurs y trouvaient sans doute des échos à leur «identité collective».

Si le *Jahrbuch der freien Generation* (1910–1914) contient plusieurs articles sur la Suisse, c'est parce que l'Autrichien Pierre Ramus habite à Zurich quand il en rédige le premier numéro, juste avant de se faire expulser; mais les autres rédacteurs écrivent d'Allemagne ou d'Autriche. Si le *Arbeiter-Wille* (1910) cesse après deux numéros, c'est que son rédacteur véritable, Heinrich Bagotsky, a été expulsé de Suisse. Si *L'Exploitée* (1907–1908) cesse de paraître et que la *Vorkämpferin* (1906–1914) change de ton, c'est que Margarethe Faas-Hardegger a été licenciée en 1908 de son poste de secrétaire syndicale. Comment ignorer ces situations, qui marquent forcément le ton et le contenu des périodiques?

Nino Kühnis donne malgré tout d'utiles indications, fruit d'un énorme travail; il aurait voulu l'affiner, tenir compte de certaines critiques, poursuivre ses recherches, il n'en a hélas pas eu l'occasion. Ses notices bibliographiques sur les périodiques sont riches et précises, ses remarques souvent judicieuses. Sa passion pour le sujet ressort à chaque page de ce volume d'envergure.

Marianne Enckell, CIRA Lausanne

Juri Auderset, Peter Moser, **Rausch & Ordnung. Eine illustrierte Geschichte der Alkoholfrage, der schweizerischen Alkoholpolitik und der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (1887–2015)**, Bern: Bundespublikationen, 2016, 248 Seiten.

Das opulente Werk stellt quasi das Vermächtnis der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) dar, eine finale Festschrift, bevor die altehrwürdige Behörde im Rahmen der geplanten Revision des Alkoholgesetzes zu einer Abteilung der Zollverwaltung degradiert werden soll. Neben der EAV waren auch das Bundesamt für Bauten und Logistik und das Archiv für Agrargeschichte an dem Projekt beteiligt; seine Ausführung oblag den Historikern Peter Moser und Juri Auderset, Leiter beziehungsweise Mitarbeiter dieses Archivs. Herausgekommen ist ein sorgfältig recherchierter und aufwendig gestalteter Prachtband, der als «Coffeetable-Book» einen Design-Preis einheimste. Eher unüblich für das Kaffeetisch-Genre wurde aber zum Glück auf einen wissenschaftlichen Apparat nicht verzichtet, im Gegenteil: Online wird zusätzlich sogar eine Auswahl digitalisierter Primärquellen angeboten.

Die Autoren betonen ihren Anspruch, anstatt blosse «Institutionengeschichte» zu betreiben, «die Sozial- und Kulturgeschichte der Alkoholfrage in der Schweiz durch das Prisma» der EAV zu betrachten und hierbei (offenbar im Sinne der Annales) eine «Synthese» zu erstellen (S. 12 und 16). Ein vielversprechender Ansatz. Der Terminus «Alkoholfrage» führt hier allerdings in die Irre, war er doch das Etikett einer historisch spezifischen sozialen Konstruktion: *das* Schlagwort der im späten 19. Jahrhundert einsetzenden transnationalen Thematisierungskonjunktur des Alkohols. Als diese Konjunktur abebbte, spätestens im Gefolge des Zweiten Weltkriegs, hatte sich mit der Problemkonstruktion auch der Begriff «Alkoholfrage» verflüchtigt. Die Darstellung führt indes bis in die jüngste Vergangenheit, hätte also einen abstrakteren Oberbegriff verdient.

Sie beginnt mit dem Aufkommen eben jener «Alkoholfrage» in der Schweiz. Diese wurde (wie überall in Europa, sei ergänzt) zunächst als eine Art Unterabteilung der «Sozialen Frage» im Kontext der Industrialisierung konzipiert. Nach heftigen Debatten über die föderalen, ökonomischen, ordnungs- und gesundheitspolitischen Folgen wird 1887 mit dem Alkoholgesetz ein Branntweinmonopol eingeführt und zu dessen Umsetzung die EAV gegründet. Hierbei war die Schweiz wegweisend (vergleichbare Effekte, übrigens, hatte freilich die im selben Jahr von Bismarck durchgesetzte Branntweinfabrikationssteuer, die bis in die Weimarer Jahre ohne Monopolverwaltung auskam). Über die Festlegung von Mengen und Preisen regulierte das Alkoholgesetz beziehungsweise die EAV den Binnenmarkt. Das Gesetz betraf allerdings nicht, wie man nach heutigem Sprachgebrauch denken könnte, sämtliche Alkoholika, sondern nur die Kartoffel- und Getreidebrände; für Spirituosen aus anderen Grundstoffen galten (wie in Deutschland etc.) Sonderregelungen, und vor allem blieben Bier, Wein und Most ausgenommen, wollte man doch (wie in Dänemark etc.) Hochprozentiges tendenziell durch Vergorenes substituieren. Und genau wegen dieser Zielsetzung geriet das Alkoholgesetz um 1900 massiv unter Beschuss: Gegen diesen «mässigen Standpunkt», wie er vom langjährigen EAV-Direktor Milliet vertreten

wurde (und zwar im Einklang mit dem einflussreichen Deutschen Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke), regte sich wütender Protest seitens einer Schar lebensreformerischer «abstinenter» Wissenschaftler, die Alkoholika in jeglicher Form als den «allerschlimmsten Feind» der Menschheit ausgemacht hatten und entsprechend die Totalprohibition forderten. Ein Statistikkrieg brach aus, wobei Milliet klagte, viele Zahlen seien nur dem «Widerstreit philanthropischer und wirtschaftlicher Interessen» geschuldet (S. 28) – was ja, etwa mit Blick auf die Tabakpolitik, höchst aktuell klingt. Ultimatives Argument seiner Gegner war der Erhalt der «Rasse». Das eugenische Gedankengebäude (das bekanntlich in den 1930er Jahren in vielen Ländern umgesetzt werden sollte), in dem der Alkohol weniger ein soziales als ein biologisches Problem war, wird hier eher beiläufig und auf recht schmaler Literaturbasis angesprochen (S. 51). Dieser Geburtsfehler der Suchtforschung bleibt mithin etwas unterbelichtet. Breiten Raum hingegen nimmt das Produktionsregime des Industriealkohols ein, die zweite grosse Aufgabe der EAV; da dies in das Gebiet der Wirtschaftsgeschichte, nicht der annoncierten Sozial- und Kulturgeschichte, fällt, möchte ich es bei einem Hinweis auf die sorgfältige Darstellung dieses Themenstrangs belassen (zumal es mir dazu an Expertise mangelt). Zurück also zum Trinkalkohol: Hier schlug das 1908 eingeführte Absinthverbot hohe Wellen (wie übrigens auch in Belgien 1905, Frankreich 1915 etc.); der «Absinthismus» ist ein Paradebeispiel der Wirkungsmacht einer erfundenen Krankheit – erst unlängst wurden die Verbote europaweit aufgehoben. Nach dem Ersten Weltkrieg nahmen die alkoholpolitischen Debatten an Schärfe ab; in den Fokus rückten agrar- und ernährungspolitische Fragen, in der Folge wurde zum Beispiel die Obstbrennerei ebenfalls der EAV unterstellt. Den grössten Raum der chronologischen Darstellung nehmen dann die Jahre 1945 bis 2015 ein. In institutioneller und politischer Hinsicht gab es gravierende, spannende Umbrüche – aus «synthetischer» beziehungsweise mentalitätshistorischer Sicht wurden die basalen Weichen im Umgang mit Alkohol aber bereits in den Dekaden um 1900 gestellt.

Ich kann hier daher zum Fazit kommen: Ungemein quellengesättigt, liefert der schön und solide gemachte Band wesentliche Erkenntnisse über eine hoch interessante Institution und deren politische Agenda; Spezialisten können zudem den wertvollen Quellenanhang nutzen. Mit Blick auf den Anspruch einer generellen Sozial- und Kulturgeschichte des Alkohols (und eben nicht der «Alkoholfrage») hätte es der Untersuchung allerdings gutgetan, sich nicht so bevorzugt auf Vorarbeiten aus schweizerischer Feder zu stützen und stattdessen auf einer breiteren und gründlicher analysierten Literaturbasis sowohl die kulturhistorisch-«synthetischen» als auch die transnational-vergleichenden Aspekte (die ich versucht habe, hier anzudeuten) noch deutlicher herauszuarbeiten. Letzten Endes ist eben doch primär eine quellengeleitete Institutionengeschichte herausgekommnen. Doch dies schmälert die prinzipiellen Verdienste des Bandes nicht: ein Muss für alle, die mehr über die eidgenössische Alkoholpolitik wissen wollen.

Hasso Spode, Berlin / Hannover

Edgar Wolfrum, **Welt im Zwiespalt. Eine andere Geschichte des 20. Jahrhunderts,** Stuttgart: Klett-Cotta, 2017, 447 Seiten, 32 Abbildungen.

Edgar Wolfrum, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg, ist bisher vor allem mit erhellenden Werken zur Vorgeschichte und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bekannt geworden. Nun hat er «eine andere Geschichte des 20. Jahrhunderts» vorgelegt, eine Weltgeschichte, die den Anspruch erhebt, nicht nur die dunklen, sondern auch die hellen Seiten sowie möglichst viele Schattierungen dieses Jahrhunderts zu zeigen. Damit will er es «umfassender und alles in allem vielleicht gerechter deuten» (S. 8) als bisherige vergleichbare Darstellungen. Auf die Welt blickt er dabei aufgrund der eigenen Standortgebundenheit aus deutscher und eurozentrischer Sicht.

Für sein Vorhaben wählt Wolfrum vielfältige Zugänge. In vier Teilen behandelt er, orientiert an den klassischen Bereichen der Sozialgeschichte, zentrale Fragen politischer Strukturen in der Welt («Die Väter und Mütter aller Dinge»), gesellschaftliche Rahmenbedingungen («In den Dramen des Lebens»), Kultur und Lebensweise («Vom Wahren, Schönen und Guten») sowie wirtschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen («Die Ökonomie als Schicksal»). Gestützt auf den jeweiligen Forschungsstand referiert Wolfrum die jeweiligen Aspekte und lässt die Leserinnen und Leser an seinem Blick auf die Welt des 20. Jahrhunderts teilhaben. Immer wieder betont er die Ambivalenzen dieser Zeit. Nach den grossen Kriegen des Jahrhunderts hat es zwar einen Aufschwung für Abrüstung und Friedensbewegung gegeben, aber zugleich sind neue Kriegsformen und Terrorismus erstarkt. Demokratien haben sich vielerorts durchgesetzt, autoritäre Strukturen sind allerdings keineswegs verschwunden. Erheblichen Verbesserungen im Gesundheitswesen stehen Missbräuche und Gefahren der medizinischen Errungenschaften gegenüber. In der «Gleichzeitigkeit von Migration und Migrationsbeschränkung» in Europa ist einer «der grössten Widersprüche der Globalisierung» zu sehen (S. 169). Die Menschenrechtsbewegung hat ein Bewusstsein dafür geschaffen, «dass Genozide um jeden Preis zu verhindern seien» (S. 195), doch ständig kommt es zu Rückschlägen. Fortschritte im Bildungswesen und bei der Gleichberechtigung von Frauen haben zahlreiche Ungleichheiten nicht aufgehoben. Entfaltungen künstlerischer Kreativität haben ihren Widerpart in repressiven Eingriffen oder in der Unterordnung der Kunst unter den Markt. Das Wachstum der Weltwirtschaft hat viele Probleme gelöst, aber der Hunger ist für viele Menschen noch nicht überwunden und die Ressourcen sind überfordert. Die nachteiligen Folgen des «Fortschrittsglaubens» (S. 359) sind offensichtlich. Doch nach wie vor wird in der Ökonomie wie beim Klima- und Naturschutz oder in anderen Bereichen, die in die Krise geraten sind, häufig auf «Technikrevolutionen» (S. 347) gesetzt. Vorstellungen einer «gottähnlichen Machbarkeit» (S. 351) beherrschen immer noch viele Menschen.

So kommt Wolfrum in seinem Schlusskapitel «Ins 21. Jahrhundert – Welt aus den Fugen?» zu einem zwiespältigen Fazit. «Das 20. Jahrhundert war das schlimmste Jahrhundert von allen Jahrhunderten, und es war das beste von allen» (S. 373). Die «Hypothe-

ken» (S. 372) für das neue Jahrhundert sind unübersehbar. Wolfrum will «Gefahren betonen und zugleich Hoffnungen hegen». Mit Marc Bloch fragt er abschliessend: «Wozu dient eigentlich Geschichte?» Im Anschluss an Jacob Burckhardts Ausspruch, Geschichte «mache nicht klug für ein andermal, sondern weise für immer», folgert er, Geschichte gebe keine Handlungsanweisungen, aber «kann dafür sensibilisieren, auch mit neuen Strukturen umzugehen» (S. 376).

Wolfrums «andere Geschichte» ist ein überaus anregendes Buch. Der Text ist flüssig geschrieben, sinnvoll aufgebaut, mit guten Überleitungen versehen und durch die kurzen Unterkapitel sehr übersichtlich. Auch wenn man – kein Wunder angesichts der Fülle der Themen – manche Punkte anders gewichten könnte, beeindruckt Wolfrums Fähigkeit, vielschichtige Vorgänge und Ereignisse überzeugend zusammenzufassen und dabei differenziert zu argumentieren. So kann er auch die Probleme, die sich aufgrund der Entwicklungen im 20. Jahrhundert zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen, scharf herausarbeiten und Anstösse für die weitere Diskussion geben, die sich etwa um folgende Punkte drehen könnte: Reichen ein verstärkter Natur- und Kulturlandschaftsschutz und eine nachhaltige Ökonomie, oder müssen wir uns nicht mit allen Mitteln von einer Wachstumswirtschaft befreien, um die Erde vor dem drohenden Untergang zu retten? Welches Natur- und welches Menschenbild ist angesichts dieser Gefahr angemessen? Welche Einsichten und Folgerungen vermittelt das 20. Jahrhundert, um Verbesserungen der Lebensbedingungen für die Menschen in der Welt – einschliesslich Bildung und Kunst – sowie zugleich ein Bewusstsein der Gefährdungen zu erreichen? Wie können Erkenntnisse aus bisherigen Bemühungen dazu beitragen, eine neue Weltordnung zu schaffen, in der eine Dachorganisation in wesentlichen Fragen nicht derart hilflos ist wie heute die UNO? Und in welcher Weise helfen uns Erfahrungen aus der Geschichte, um Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik, deren Umsetzung nicht aufzuhalten ist, in Bahnen zu lenken, die nicht mit ihrem «gottähnlichen Machbarkeitsanspruch» die Erde und die Menschheit zerstören? Mit diesen und ähnlichen Fragen, die sich nach der Lektüre der «Welt im Zwiespalt» aufdrängen, zeigt Wolfrum eindringlich, wie Geschichte und Gegenwart zusammenhängen.

Heiko Haumann, Elzach-Yach / Basel

Stéphanie Ginalski, **Du capitalisme familial au capitalisme financier? Le cas de l'industrie des machines, de l'électrotechnique et de la métallurgie au XXe siècle**, Neuchâtel: Éditions Alphil Presses universitaires suisses, 2015, 392 pages.

L'ouvrage de Stéphanie Ginalski porte sur la persistance du capitalisme familial en Suisse durant le XXe siècle, en prenant comme étude de cas l'industrie des machines, de l'électrotechnique et de la métallurgie (MEM). L'auteure contribue plus généralement à l'histoire de la gouvernance des entreprises et remet en cause l'idée selon laquelle le capitalisme familial serait lié à la première révolution industrielle et voué à être supplanté par le capitalisme managérial, puis financier, marqués par une séparation entre propriété

et contrôle de la société. Pour ce faire, elle sélectionne 22 entreprises du secteur MEM, pas forcément familiales au départ, mais qui perdurent tout au long du XXe siècle. Elle identifie les membres de leur conseil d'administration et leur directeur exécutif à cinq dates: 1910, 1937, 1957, 1980 et 2000. Pour valoriser ces données, elle combine analyse de réseaux (liens entre acteurs dans les conseils d'administration, présence au sein des associations patronales et dans la sphère politique) et analyse prosopographique (profil sociologique des dirigeants). Ponctuellement, elle complète ses résultats à l'aide d'exemples qualitatifs tirés de la littérature secondaire et des archives d'entreprises de BBC/ABB et de Georg Fischer.

Premièrement, son étude démontre que, jusqu'aux années 1980, les sociétés MEM de son échantillon sont essentiellement contrôlées et bien souvent aussi dirigées par des familles. Dans près de la moitié des firmes considérées, les familles fondatrices ont réussi à se maintenir sur plus de trois générations, preuve de l'existence de véritables dynasties entrepreneuriales helvétiques. Différentes stratégies ont permis cette longévité: passation de pouvoir aux fils et éventuellement aux gendres, distorsion des droits de vote ou encore limitation de la transférabilité des actions. À la fin du siècle, un glissement s'opère vers le capitalisme financier, même si le capitalisme familial ne disparait pas pour autant.

Deuxièmement, sa recherche révèle un réseau d'interconnexions dense entre les firmes MEM, et aussi avec d'autres grandes entreprises suisses. Les entreprises familiales occupent alors une position centrale au sein du réseau. Elle démontre également la présence marquée des membres des entreprises sélectionnées au sein des principales associations patronales et vient confirmer la porosité entre les sphères économique et politique suisses, souvent soulignée dans la littérature sur les élites et les variétés du capitalisme.[8] Ces différents types de liens participent en effet à la socialisation des élites et permettent une forte coordination du patronat. Un tournant semble également avoir lieu dans les deux dernières décennies du XXe siècle, marquées par un affaiblissement des liens nationaux.

Finalement, l'analyse prosopographique montre que le profil des dirigeants familiaux est similaire à ceux d'autres managers, comprenant les caractéristiques suivantes: domination masculine, séniorité, importance du grade militaire et origine sociale favorisée. La fin du siècle est marquée par une augmentation du nombre de dirigeants ayant fait des études d'économie, souvent détenteurs d'un titre en *Business Administration* (MBA), et par une ouverture aux managers étrangers.

L'ouvrage de Stéphanie Ginalski, fondé sur sa thèse de doctorat, a le mérite de décrire systématiquement certaines dynamiques sur la longue durée qui n'étaient

8 Pour une discussion nuancée sur la classification du cas suisse, voir: André Mach, Christine Trampusch (dir.), Switzerland in Europe. Continuity and change in the Swiss political economy, New York 2011.

jusqu'alors que partiellement connues ou supposées. Aussi, l'attention spéciale portée au capitalisme familial et aux liens denses entre les élites MEM permet de remettre en question l'idée du «self-made man» ou de la concurrence comme règle exclusive régissant les relations économiques.[9] Cependant, comme l'a également noté Margrit Müller dans son compte-rendu critique de l'ouvrage,[10] l'effet concret de ces réseaux sur la stratégie des entreprises et plus généralement sur l'économie suisse demeure un champ ouvert pour de futures recherches. Cette question reste d'autant plus pertinente que, comme le montre Stéphanie Ginalski, les dirigeants familiaux ont un profil similaire aux autres managers à la même époque: sont-ils malgré tout guidés par d'autres valeurs, leurs actions sont-elles soumises à d'autres logiques, d'autres loyautés?

Enfin, les apports de cet ouvrage sont aussi à replacer dans le cadre plus large des recherches menées au sein de l'Observatoire des élites suisses de l'Université de Lausanne.[11] Comme le soulignait déjà Joseph Alois Schumpeter en son temps, c'est par des analyses généalogiques minutieuses qu'on peut comprendre les structures et les processus en cours dans les sociétés capitalistes.[12] En effet, ces travaux sur les élites suisses – le dernier en date d'ailleurs co-écrit par Stéphanie Ginalski[13] – constituent une contribution importante à l'histoire économique et sociale de la Suisse et sont une ressource précieuse pour les historiens qui s'y intéressent. Cette littérature permet désormais de replacer les acteurs historiques rencontrés dans les sources dans un vaste réseau d'interconnexions et offre d'importantes connaissances contextuelles en décrivant l'évolution de la gouvernance d'entreprise suisse sur la longue durée.[14] Enfin, ces publications permettent d'évaluer le cas helvétique dans l'approche comparative des variétés du capitalisme et ouvrent la porte à davantage de coopération internationale.

Sabine Pitteloud, Université de Genève

9 Pamela Walker Laird, How business historians can save the world – from the fallacy of self-made success, in: Business History, 59/n°8 (2017), p. 1212.

10 Margrit Müller, Du capitalisme familial au capitalisme financier? Le cas de l'industrie suisse des machines, de l'électrotechnique et de la métallurgie au XXe Siècle, in: Business History, 59/n°4 (2017).

11 http://www.unil.ch/obelis/home.html (10.11.2017).

12 Joseph Alois Schumpeter cité in: Richard Swedberg (dir.), Joseph A. Schumpeter. The economics and sociology of capitalism, Princeton 1991, p.250.

13 Felix Bühlmann et al., Les élites économiques suisses au 20e siècle, Neuchâtel 2016.

14 Voir: https://www2.unil.ch/elitessuisses/index.php?page=accueil (10.11.2017).

Pascal Germann, **Laboratorien der Vererbung. Rassenforschung und Humangenetik in der Schweiz 1900–1970,** Göttingen: Wallstein Verlag, 2016, 490 Seiten, 15 Abbildungen, 1 Tabelle.

Der Zürcher Historiker Pascal Germann legt mit *Laboratorien der Vererbung* ein Grundlagenwerk zur Geschichte der schweizerischen Rassenforschung und Humangenetik zwischen 1900 und 1970 vor. Erstmals werden hier die engen Verbindungen zwischen Rassenanthropologie, Eugenik und Humangenetik in der Schweiz sowie deren transnationale Verflechtung mit dem europäischen Kolonialismus und der deutschen, insbesondere nationalsozialistischen Rassenhygiene detailliert nachgezeichnet.

Die im Wallstein Verlag erschienene Dissertation ist in fünf Kapitel gegliedert und beginnt mit einem Überblick über die 1921 gegründete und mit der Universität Zürich eng verbundene Julius-Klaus-Stiftung für Vererbungsforschung, Sozialanthropologie und Rassenhygiene. Laut Reglement verfolgte die hoch dotierte Stiftung des verstorbenen Privatiers Julius Klaus den Zweck, «alle auf wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Bestrebungen» zu fördern, «deren Endziel auf die Vorbereitung und Durchführung praktischer Reformen zur Verbesserung der weissen Rasse gerichtet» sei (S. 38). Tatsächlich bestand in der Folge eine enge personelle, institutionelle und ideelle Nähe zur Rassenanthropologie und Rassenhygiene, wie Germann an zahlreichen Beispielen, besonders aber am ersten und bis ins Jahr 1962 amtierenden Stiftungspräsidenten Otto Schlaginhaufen, Direktor des Anthropologischen Instituts der Universität Zürich, nachweist.

In Kapitel zwei und drei bewertet Germann zwei zentrale Fragen der schweizerischen Wissensgeschichte neu. Zunächst ist dies die Frage nach der Wirkmacht der Rassenanthropologie helvetischer Prägung. Nachdem Christoph Keller 1995 mit seiner Studie zu Schlaginhaufen historiografisches Neuland beschritten hatte,[15] deutete die jüngere Geschichtsschreibung die Schweizer Rassenforschung als ein in die Irre führendes Instrument auf der Suche nach einer nationalen Identität.[16] Diesem Narrativ stellt Germann eine transnationale Verflechtungsgeschichte gegenüber. So zeigt er die herausragende Bedeutung von Zürcher Rassenanthropologen und ihrer spezifischen Forschungsmethoden für die «wissenschaftliche [...] Fundierung von Rassendifferenzen» (S. 35) sowie deren Transfer in koloniale Kontexte und die nationalsozialistische Diktatur: In den Fussstapfen seines Lehrers Rudolf Martin führte etwa Schlaginhaufen 1907 bis 1909 im Rahmen der Deutschen Marineexpedition und unter dem Schutz deutscher Polizeisoldaten umfangreiche Messungen an den Einwohnern Melanesiens durch. Ausserdem kaufte er

15 Christoph Keller, Der Schädelvermesser. Otto Schlaginhaufen – Anthropologe und Rassenhygieniker. Eine biographische Reportage, Zürich 1995.

16 Guy P. Marchal, National Historiography and National Identity. Switzerland in Comparative Perspective, in: Stefan Berger, Chris Lorenz (Hg.), The Contested Nation. Ethnicity, Class, Religion and Gender in National Histories, New York 2008, S. 311–338.

Schädel unklarer Herkunft zu Forschungszwecken, war zwischen 1934 und 1936 Vizepräsident der *International Federation of Eugenic Organizations*, die unter der Präsidentschaft des Rassenhygienikers Ernst Rüdin zunehmend von nationalsozialistischen Wissenschaftlern kontrolliert wurde, oder liess SS-Hauptsturmführer Bruno Beger, Forscher der SS-«Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe e.V.», «Haar- und Augenfarbentafeln» zukommen, die möglicherweise 1943 im Konzentrationslager Auschwitz bei anthropometrischen Messungen an Juden vor deren Ermordung eingesetzt wurden (S. 147).

Im dritten Kapitel bewertet Germann das Verhältnis zwischen Schweizer Eugenikern und der nationalsozialistischen Rassenhygiene neu. Dabei kann der Autor an Ergebnisse anknüpfen, die im Zuge des Nationalen Forschungsprogramms 51 «Integration und Ausschluss» seit 2003 sowie in Nachfolgeprojekten erarbeitet wurden.[17] Entgegen den Ergebnissen von Hans Jakob Ritter, der auf eine zunehmende Abwendung von der Rassenhygiene der in Basel wirkenden Eugeniker seit den ausgehenden 1930er Jahren verweist,[18] vertritt Germann die These, dass Schweizer Humangenetiker auch nach 1939 oft als «Alliierte der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik» (S. 34) fungierten. Zudem seien für den Aufstieg der medizinischen Genetik in der Schweiz gerade die engen Beziehungen zur deutschen, rassenhygienisch orientierten Humangenetik von zentraler Bedeutung gewesen. Ausführlich dargelegt wird dies unter anderem am Beispiel des renommierten Zürcher Mediziners, Humangenetikers und Stammbaumforschers Ernst Hanhart, der das 1934 in Kraft getretene NS-Gesetz «zur Verhütung erbkranken Nachwuchses» öffentlich befürwortete.

Das vierte Kapitel widmet sich der schweizerischen Blutgruppenforschung zwischen 1940 und 1970. Darin zeigt Germann, wie in den vom Schweizerischen Nationalfonds und der Julius Klaus-Stiftung geförderten Projekten die bisher voneinander getrennte Rassenanthropologie und Humangenetik zusammengeführt wurden. So forschten etwa der Genetiker Ernst Hadorn, der Mediziner Hans Rudolf Schinz und Otto Schlaginhaufen nach 1945 an Blutproben von 275'000 Schweizer Soldaten gemeinsam zur geografischen Verteilung der «Blutgruppengene» (S. 309) in der Schweiz. Allerdings verschwand der Rassebegriff ab der Mitte der 1950er Jahre aus der Forschung, was Germann auf Dynamiken innerhalb des Forschungsprozesses, und nicht etwa auf einen Schweizer Sonderweg oder einen möglichen Antirassismus der Forschenden zurückführt. Die Mitte der 1950er Jahre markiere daher keine Zäsur, sondern eine Zeit des Übergangs von der Rassenan-

17 Vgl. dazu stellvertretend: Regina Wecker, Sabine Braunschweig, Gabriela Imboden, Hans Jakob Ritter, Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz 1900–1960, Zürich 2013.

18 Hans Jakob Ritter, Psychiatrie und Eugenik. Zur Ausprägung eugenischer Denk- und Handlungsmuster in der schweizerischen Psychiatrie, 1850–1950, Zürich 2009.

thropologie zur Populationsgenetik, die sich freilich nie ganz von Konzepten der Rassenforschung habe lösen können. Und obwohl die Julius-Klaus-Stiftung 1971, wie im abschliessenden fünften Kapitel festgehalten wird, den Begriff der «Rassenhygiene» aus ihrem Namen strich und Humangenetiker sich zunehmend von der Eugenik distanzierten, lebten solche Deutungsmuster im Zuge von Chromosomenanalyse, Pränataldiagnostik und genetischer Beratung in neuem Gewand fort.

Mit sicherer Hand führt Pascal Germann die Lesenden durch die komplexen Verflechtungen und Untiefen der historischen Rassenforschung, Eugenik und Humangenetik. Das Buch überzeugt durch die breit abgestützte Quellenanalyse, die theoretisch-methodische Vielfalt und die argumentative Klarheit. Trotz des Detailreichtums ist jede Seite spannend und eröffnet neue Einsichten. Germann ist es gelungen, solides Handwerk mit intellektueller Hingabe, Kreativität und Engagement zu verbinden.

Regula Argast, PHBern

Adrian Gerber, **Zwischen Propaganda und Unterhaltung. Das Kino in der Schweiz zur Zeit des Ersten Weltkriegs**, Marburg: Schüren, 2017, 620 pages.

S'il est sans doute trop tôt pour opérer le bilan historiographique du premier centenaire de la Première Guerre mondiale en Suisse, un certain nombre de recherches se dégage d'ores et déjà: la thèse d'Alexandre Elsig sur la propagande allemande en Suisse, celle de Cédric Cotter sur l'action humanitaire, celle de Florian Weber sur les relations économiques avec les États-Unis, la synthèse codirigée par Thomas Buomberger, Patrick Kury et Roman Rossfeld ou encore les travaux de Konrad J. Kuhn et Béatrice Ziegler sur les mémoires de la Première Guerre mondiale. On peut leur ajouter l'ouvrage d'Adrian Gerber consacré au cinéma en Suisse entre 1914 et 1918. Fruit d'une thèse codirigée par Margrit Tröhler et Jörg Schweinitz, l'ouvrage vient combler une lacune importante. En effet, la littérature sur la production, la distribution et la réception du cinéma en Suisse durant cette période restait jusqu'ici fragmentaire: si l'on excepte l'*Histoire du cinéma suisse* d'Hervé Dumont, on en restait réduit à différents articles ou monographies sur les pionniers de l'industrie suisse du divertissement, sur la critique, sur le cinéma ambulant, sur l'architecture des premières salles fixes, sur la censure ou encore sur le paysage cinématographique dans un contexte régional spécifique. L'ambition ici est beaucoup plus vaste et vise à cartographier, sur l'ensemble du pays, la production filmique présente sur les écrans, le rôle des appareils de propagande des puissances belligérantes en Suisse, enfin les formes différenciées de la réception de certains films en fonction des configurations politiques et régionales. Pour ce faire, l'analyse s'appuie sur un dépouillement d'archives particulièrement conséquent. Outre la presse spécialisée et généraliste, on peut signaler les fonds de plusieurs archives communales ainsi que les ressources des Archives fédérales, des documents du Département des Affaires étrangères et des Archives fédérales à Berlin, ainsi que certaines ressources tout à fait inédites comme les archives du distributeur Monopol Films L. Burstein et la collection d'affiches du cinéma Radium à Zurich.

Parallèlement, la recherche de matériaux filmiques – dont le repérage et l'identification constituent un exercice délicat – s'est révélée fructueuse avec la mise à jour de plusieurs copies vraisemblablement très proches de celles qui ont circulé à l'époque en Suisse.

Riche de 620 pages, l'ouvrage se divise en trois grandes parties de longueur inégale. Après un premier développement consacré au cadre théorique de l'analyse – et à la notion d'«espace public cinématographique» (*Kinoöffentlichkeit*) –, une deuxième section revient sur l'évolution du champ cinématographique suisse depuis les premières projections de 1896 jusqu'au début des années 1920: s'appuyant sur plusieurs tableaux fort utiles, cette partie offre une synthèse très convaincante sur le passage du cinéma ambulant aux premières salles fixes, les différents types de projection – commerciales et non commerciales –, la popularisation de la fréquentation des cinémas ou encore le déroulement des séances. Deux sous-chapitres particulièrement novateurs concernent l'organisation de la distribution d'une part, la professionnalisation du champ d'autre part, sous l'effet notamment de la recrudescence du discours de certaines élites vis-à-vis de l'immoralité supposée de certaines formes de cinéma populaire. Cette riposte professionnelle culmine avec l'organisation, sur le plan national, de la Journée suisse du cinéma du 30 juillet 1917 dont les bénéfices doivent être versés aux militaires tuberculeux et aux familles démunies. Quant à la dernière partie – la pièce de résistance de l'étude –, elle est consacrée aux bases commerciales, organisationnelles et politiques du film de guerre et de propagande tel qu'il est diffusé en Suisse par les puissances belligérantes. L'analyse s'adosse à plusieurs études de cas menées avec une grande rigueur et l'apport de ressources documentaires souvent inédites. L'exemple de la réception paradoxale du film de propagande allemand *Graf Dohna und seine Möwe* (1917) constitue une illustration très parlante de l'apport d'une analyse du contexte de diffusion et de visionnement des films pour une histoire de la propagande. Il en va de même pour l'étude du film documentaire *Die 10. Isonzoschlacht* (1917), une réalisation austro-hongroise dont les qualités esthétiques sont reconnues tout en nourrissant des réactions lucides sur le caractère artificiel et bien souvent «rejoué» des scènes de combat notamment.

Un simple compte rendu ne peut souligner ici tous les apports de ce travail amené à devenir l'étude de référence sur le sujet (on regrettera en passant l'absence d'un index qui aurait pu renforcer ce statut). Soulignons trois idées forces. La première concerne la notion de «cultures de guerre»: si, comme le précise l'auteur, l'historiographie a souvent souligné, voire mis en opposition, une forme de brutalisation par le bas d'une part, la manipulation et la coercition par le haut de l'autre, elle a parfois négligé les motivations commerciales liées à la diffusion massive des représentations guerrières. Ce succès et cette attraction du cinéma amènent – et c'est le deuxième axe de la thèse – les puissances belligérantes à créer leurs propres services cinématographiques afin d'en capitaliser les bénéfices à leurs propres fins. Cette influence se fait surtout sentir via les productions non fictionnelles dont les représentations emblématiques sont relayées par d'autres formes de cultures visuelles comme les cartes postales ou la presse illustrée. Enfin, une troisième

perspective analytique vise à analyser l'impact de ce dispositif médiatique sur le champ cinématographique helvétique. La branche saura s'accommoder au mieux de cette situation a priori plutôt défavorable. Plusieurs exploitants et loueurs de films profiteront de la curiosité générée par ces productions pour développer leurs activités: si certains choisissent de se mettre au service de l'un des deux camps en présence, beaucoup d'autres – essentiellement en Suisse alémanique – développeront une forme de «neutralité programmatique» en proposant aussi bien les productions des Alliés que des Centraux. Sur un autre plan, ce flot de propagande par le film génère dans la deuxième partie du conflit des formes de riposte amenant certains acteurs à plaider pour le développement d'une culture filmique nationale. Ce discours trouve une première traduction dans la commande par l'État-major général à la compagnie Eos du célèbre documentaire sur le service actif *L'armée suisse* (1918) qui rencontrera un écho enthousiaste des deux côtés de la Sarine. Il sera suivi par plusieurs films de fiction, ayant généralement la montagne comme décor, qui préfigurent d'une certaine manière la production helvétique de la Défense nationale spirituelle.

La publication de la thèse en 2017, soit deux ans après la soutenance, implique inévitablement certains manques au niveau de la bibliographie la plus récente: les travaux de Gianni Haver sur la presse illustrée, ceux d'Olivier Robert sur les débuts du cinéma à Lausanne, ceux d'Alexandre Elsig sur la propagande allemande dans les cabarets alémaniques, le mémoire de Joséphine Metraux sur les cartes postales censurées auraient pu compléter le propos à certaines étapes de l'analyse. Plus étonnante peut-être l'absence de toute prise en compte à l'approche théorique de François Albera et Maria Tortajada sur la notion de «dispositif» qui aurait pu permettre de mieux marquer les prolongements mais aussi les déplacements opérés par le concept de *Kinoöffentlichkeit.*

Trois éléments auraient pu à mon sens être davantage mis en perspective. Le premier concerne l'absence d'un paysage plus quantitatif de l'évolution des films diffusés, sur la base peut-être d'une étude de cas comparative entre Suisse allemande et Suisse romande. Dans la mesure où le film de guerre – fictionnel ou non – est privilégié, l'évolution de ce secteur, et ses déclinaisons spécifiques d'un côté et de l'autre de la Sarine, est difficile à appréhender pour le lecteur. Sur un autre niveau, le discours des professionnels de la branche est essentiellement analysé sur la base d'un dépouillement assez systématique de la revue *Kinema.* Même si celle-ci manifeste sa vocation nationale via la présence d'une rédaction francophone, il aurait été également intéressant de lier son analyse à celle des deux pendants romands que sont le *Journal suisse du cinéma* (1913–1914) puis *Cinéma romand* (1916–1919), voire à certaines voix critiques au sein de la presse quotidienne, afin de souligner encore davantage certaines spécificités régionales. Enfin, l'ouvrage pourrait s'attarder davantage sur le contexte de l'après-guerre, la fonction de légitimation opérée par la Première Guerre mondiale quant au statut du cinéma en Suisse étant davantage affirmée que véritablement démontrée. Dumont parle par exemple d'une recrudescence de la censure dans le contexte du début des années 1920. D'autres

sources que celles issues directement des acteurs de la branche apporteraient peut-être une vision plus nuancée tout en relativisant la représentativité de figures comme Spitteler ou Loosli.

Ces remarques ne visent qu'à souligner, si besoin est, la richesse d'un ouvrage des plus stimulants et dont il faut saluer la volonté de synthèse et la rigueur analytique, qu'il s'agisse de la mise en perspective des sources écrites ou des documents audiovisuels. L'enquête est impressionnante par son ampleur; elle l'est tout autant par la finesse et l'intelligence du propos dont la portée heuristique et l'apport historiographique dépassent de très loin le seul cadre helvétique.

François Vallotton, Université de Lausanne

Rea Brändle, Markus Brühlmeier, Adrian Knoepfli, Mario König, Verena Rothenbühler, **Wissen im Zentrum. 100 Jahre Zentralbibliothek Zürich,** Zürich: Chronos Verlag, 2017.

Am 28. Juni 1914, als in Sarajevo der folgenschwere Schuss fiel, wurde im Kanton Zürich abgestimmt: Zur Debatte stand die Gründung einer «Zentralbibliothek». Durch die Vereinigung von Stadt- und Kantonsbibliothek mit den Sammlungen weiterer Gesellschaften und Institutionen entstand 1917 auf einen Schlag die weitherum grösste Bibliothek, was dem Selbstverständnis der grössten Schweizer Stadt ebenso entsprach, wie der Name «Zentralbibliothek» den übergreifenden Anspruch der Institution zum Ausdruck brachte.

Zum hundertsten Jahrestag ihrer Gründung liegt nun zur ZB, wie sie auch heute noch kurz heisst, ein Band vor, der als «gedruckte Festschrift und [...] Institutionenporträt aus externer Perspektive» konzipiert wurde (S. 7). Fünf HistorikerInnen beleuchten verschiedene Aspekte: die Bibliothek als Bau und öffentlicher Raum (Rea Brändle), die Geschichte des Katalogs als Herzstück der Bibliothek (Markus Brühlmeier), das Personal (Adrian Knoepfli), die Spezialsammlungen (Verena Rothenbühler) sowie das oft leidige Thema Geld in den Beziehungen zwischen den beiden Hauptträgern, Kanton und Stadt Zürich, und der Bibliothek (Mario König). Dabei stehen die fünf Teile eher als selbständige Erzählungen nebeneinander denn als Kapitel hintereinander. Querverweise zwischen den Teilen fehlen weitgehend, was teils zu kleineren Redundanzen, teils zu späteren Aha-Momenten bei der Lektüre führt. Durch die unterschiedlichen Zugänge gelingt es dem Autorenteam aber, ein vielfältiges Bild der Bibliothek und ihrer Funktionen zu zeichnen. Gewisse Spannungsfelder zeigen sich dabei in unterschiedlichen Kontexten immer wieder. So stand der Wunsch der Professorenschaft, die Bibliothek möge möglichst «universitär» sein, den erklärten modernen Zielen des Gründungsdirektors Hermann Escher, im Sinne der amerikanischen «Public Libraries» auch breiten Kreisen der Bevölkerung zum Selbststudium und zur Weiterbildung zu dienen, teils entgegen. Schon bei der Suche nach einem geeigneten Standort leisteten die Professoren lange Widerstand gegen den Predigerplatz in der dunklen, lärmigen Altstadt und favorisierten einen Ort näher an der Universität, auf dass sie nicht «in die Tiefe hinunter steigen» müssten, was nicht nur topogra-

fisch gemeint war (S. 26). Schrittweise fielen zwar die Privilegien für die Professorenschaft wie etwa höhere Ausleihgrenzen dahin, doch die ab den 1960er Jahren immer stärker wachsenden Institutsbibliotheken, deren Gesamtbudget bald das der ZB deutlich übertraf, sorgten dafür, dass viel Literatur eben doch nur den Hochschulangehörigen, nicht allen Interessierten zugänglich war. Auch Eschers frühes Drängen, mit einem Schlagwortkatalog die Wissensgebiete auch für akademisch nicht gebildete Schichten zu erschliessen, wurde von universitären Kreisen abgelehnt: Es entsprach der damaligen Vorstellung, dass Fachleute alle relevanten Autoren eines Gebiets kennen würden und daher nicht auf Schlagworte angewiesen seien. Eschers Einschätzung, dass sich diese Situation mit dem Wissenszuwachs und den neuen Fachgebieten schon bald ändern würde, war jedoch weit realistischer, und sein Beharren auf dem – heute in digitaler Form unentbehrlichen – Schlagwortsystem der Zeit voraus. Die Aufarbeitung der Katalog- und Erschliessungsgeschichte der ZB zeigt nicht zuletzt auch, wie die Systematisierung und Propagierung von Wissen immer wieder auch von ihren medialen Trägern mitbestimmt war – vom Zettelkatalog bis zur «Bibliotheksautomation». Gerade die Entwicklung automatisierter Datenverarbeitung in verschiedenen Bereichen der Bibliothek, der damit verbundenen Hoffnungen und Schwierigkeiten, ist spannend zu lesen: Nicht erst seit der Erfindung des Internets in den 1990er Jahren sind Bibliotheken rapidem technologischem Wandel ausgesetzt, sondern bereits in den 1960er Jahren setzten sich ZB und andere Bibliotheken erstmals mit den Möglichkeiten der neuen Technologien auseinander. Die Suche nach immer wieder neuen, effizienteren und weitreichenderen Möglichkeiten der Aufbewahrung und Bearbeitung von Daten begleitet die Bibliothek also ständig. Gerade in der intensiven Phase der EDV-Adaption zeigten sich aber auch die Schattenseiten des starken Bibliotheks-Föderalismus und der latenten Konkurrenzsituation zwischen der ZB und den Uni-Bibliotheken einerseits sowie der ebenfalls stark angewachsenen ETH-Bibliothek andererseits: Durch das (allerdings nicht nur auf Zürich beschränkte) Beharren auf der Entwicklung und Einführung jeweils eigener EDV-Bibliothekssysteme in den 1980er Jahren, welche nicht nur untereinander inkompatibel waren, sondern auch alle schon bald überholt oder abgeschrieben werden mussten, dauerte es noch Jahre, bevor schliesslich mit einem gemeinsamen Katalogisierungsprogramm im IDS-Verbund sowohl Katalogdaten ausgetauscht werden konnten als auch die Grundlage für ein (deutsch-)schweizweites Buch-Kuriersystem gelegt werden konnte.

Wie vielfältig die Institution durch ihre Mitarbeitenden geprägt wurde, wird sowohl im Teil über das Personal der Bibliothek deutlich als auch im Beitrag über die Sondersammlungen, der zeigt, wie viel hochspezialisierte Arbeit in die kulturhistorisch so bedeutenden Spezialsammlungen investiert werden musste, und wie sehr Einzelpersonen dazu beigetragen haben, dass diese überhaupt für weitere Forschungen sicht- und nutzbar wurden. Die Abschnitte über die während der Zeit des Zweiten Weltkriegs durch in die Schweiz geflüchtete jüdische Wissenschaftler erschlossenen Hebraica werfen allerdings kein uneingeschränkt gutes Licht auf die Bibliotheksleitung, welche sich zwar das Spezial-

wissen der Flüchtlinge zu Nutzen machte, ihnen aber teils mit einem peinlichen Misstrauen begegnete. Die unterschiedlichen Persönlichkeiten der Direktoren treten im Teil über das Thema Geld deutlich hervor, in welchem das Dreiecksverhältnis Stadt-Kanton-Zentralbibliothek beleuchtet wird. Die ZB war 1917 als Stiftung gegründet worden, an die Stadt und Kanton zunächst paritätisch beitrugen (erst seit den 1980er Jahren trägt der Kanton die Hauptlast); dazu kamen das Stammgut der Bibliothek inklusive eigener Reservefonds sowie mehr oder weniger grosszügige Spenden – immer aber, so das Fazit, blieb die Bibliothek unterfinanziert. Dass die Bibliothekskommission, die der ZB offiziell vorsteht, sich oft weniger als steuernder und strategisch leitender Verwaltungsrat denn Durchsetzer städtischer und kantonaler Sparvorgaben verstand, war ein Teil des Problems. Andererseits wird sehr deutlich, wie fatal es war, dass sich die zwischen den 1930er und den 1950er Jahren amtierenden Bibliotheksdirektoren nicht aktiv für eine bessere Finanzierung und Ausstattung der Bibliothek eingesetzt hatten, wodurch letztere sowohl in Sachen Bestand als auch in der Ausstattung ihre führende Position im schweizerischen Bibliothekswesen verlor. Hohes persönliches Engagement für die Bibliothek war unabdingbar, aber angesichts der häufigen Verzögerungstaktik und der oft abrupten, kaum kommunizierten finanziellen Kurswechsel von Seiten von Stadt und Kanton äusserst zermürbend, wie angesichts der vielen Diskussionen, die etwa der engagierte und umtriebige Paul Scherrer (Direktor 1963–1971) zu führen hatte, deutlich wird – oder auch bei den jahrzehntelangen Debatten um den seit den Nachkriegsjahren angedachten, aber erst in den 1990ern realisierten Erweiterungsbau.

Insgesamt gibt der Band nicht nur einen vielschichtigen Einblick in die Institution ZB, sondern bietet über die Geschichte des Hauses hinaus Perspektiven auf die Entwicklung des schweizerischen Bibliothekswesens im 20. Jahrhundert. Die reiche Bebilderung mit ausgewählten Schätzen der Zentralbibliothek zeigt, gerade auch zusammen mit dem Teil über die Spezialsammlungen, die Breite und Tiefe der Kollektionen exemplarisch auf. Ein grosser Teil des Bandes stützt sich primär auf die ZB-eigene Geschichte in Form des internen Archivs, der Jahresberichte und anderer eigener Publikationen; Mitarbeitende wurden zwar wohl befragt, kommen aber selten länger selbst zu Wort. Dabei bleibt der Fokus naturgemäss auf dem Haus und seiner inneren Entwicklung. Es ist daher bereichernd, dass der fünfte Teil über die Debatten rund um die Bibliotheksfinanzierung die Perspektive öffnet und die Geschichte der ZB in grössere Kontexte einordnet: in die Entwicklung der Schweizerischen (Hochschul-)bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, in die Konjunkturen der Bildungspolitik und eines vielleicht spezifisch schweizerischen Antiintellektualismus. Königs knappe Erkenntnis «Die Bibliothek war nicht zu teuer, sie litt an mangelnder Wertschätzung» (S. 252) lässt sich denn auch auf viele andere Bibliotheken übertragen. Aber sein abschliessender Ausblick auf die Herausforderungen der Bibliotheken betont deren Relevanz als physische Orte der Informationssicherung und -vermittlung: auch und gerade im Zeitalter der «Flüchtigkeit digitaler Medien» (S. 280).

Eva Maurer, Bern

Historischer Verein Zentralschweiz (Hg.), **Die Zentralschweiz im Ersten Weltkrieg. Beiträge der Wissenschaftlichen Fachtagung des Historischen Vereins Zentralschweiz vom 5. April 2014,** Zug: Kalt Medien AG, 2016 (Der Geschichtsfreund, Bd. 169), 400 Seiten.

Der Band präsentiert die Beiträge einer Tagung zur Zentralschweiz im Ersten Weltkrieg, auf die sich der Rezensent konzentriert. Auf die weiteren, themenfremden und durchwegs gehaltvollen Beiträge kann hier nicht eingegangen werden. Im Eröffnungsartikel versuchen Rudolf Jaun und Tobias Straumann eine Re-Interpretation der Ursachen des Landesstreiks jenseits des von ihnen als «Verelendungsnarrativ» kritisierten Ansatzes, der seit 1968 die Forschung dominiere. Ihres Erachtens ist der Landesstreik auf vier Faktoren zurückzuführen: eine akute Angst der Zürcher Kantonsregierung vor Unruhen, ein Revolutionsphantasma der Armeespitze, einen innerlinken Machtkampf zwischen dem Oltener Aktionskomitee (OAK) und der Führung der Arbeiterunion Zürich (AUZ) und einen Machtkampf zwischen dem OAK und dem Bundesrat. Demgegenüber habe die Versorgungslage der Bevölkerung keine wesentliche Rolle gespielt.

Die Darstellung des «Verelendungsnarrativs» ist indessen karikaturartig und folgt der beliebten Unsitte, einen Popanz aufzubauen, der dann scheinbar spektakulär dekonstruiert wird. Bezeichnenderweise taucht aber der Begriff «Verelendung» in keinem einzigen der angeführten Zitate der Historiker auf, die dafür kritisiert werden, das «Verelendungsnarrativ» zu vertreten. Dass ein bedeutender Teil der Forschung, von Eugen Hermanns HBLS-Artikel von 1934 über Willi Gautschis Standardwerke von 1955 und 1968 bis zu Jakob Tanners Schweizer Geschichte von 2015, multikausal argumentiert und neben materiellen Ursachen und der unmittelbaren Ereignisgeschichte des Novembers 1918 vor allem die Problematik von Integration und Partizipation der Arbeiterbewegung in Staat und Gesellschaft ins Zentrum ihrer Analyse gestellt hat, wird unterschlagen. Schliesslich setzen die Autoren «Verelendung» implizit schlicht mit Verhungern gleich, als ob der Begriff nie Gegenstand theoretischer Erörterungen gewesen wäre.

Im Abschnitt zur Entwicklung der Reallöhne und der Versorgungslage behaupten die Autoren dann zwar flott, die Verelendungsthese sei «falsch» (S. 22), mehr als dass sich die Lage ab Sommer 1918 nach dem massiven Rückgang der vorangegangenen Zeit auf tiefem Niveau allmählich stabilisierte, springt aber trotz der sehr einseitigen Darstellung der neuesten Forschung argumentativ nicht heraus. Dennoch wird später im Text eine «merkliche Verbesserung der Lebenshaltung» bis im November postuliert (S. 43). Nur nebenbei sei erwähnt, dass der Reallohnverlust der Kriegszeit mit 40 % falsch berechnet wird, aus den angeführten Zahlen ergäben sich korrekterweise 20 %. Der Fehler fällt also zuungunsten der im Aufsatz vertretenen These aus.

Der kulturhistorisch verbrämte, im Wesentlichen aber ereignisgeschichtliche Teil geht nicht wirklich über die Arbeiten der 1960er Jahre hinaus und erschliesst auch keinerlei neue Quellen. Auf die Lücken in der Quellenüberlieferung für im Zentrum der Argumentation stehende Akteure, etwa in den Akten der AUZ und des Zürcher Regierungsrats, wird bezeichnenderweise nicht einmal hingewiesen. Zudem springen mehrere

faktische Fehler ins Auge: Aus einer Misstrauensresolution der AUZ gegenüber dem OAK vom 28. April 1918, also im Kontext der Debatte um die Milchpreiserhöhung, die auch den Arbeiterbund Basel zu einer ähnlichen Resolution veranlasste, machen die Autoren einen angeblich am 24. September beschlossenen «Austritt» der AUZ aus dem OAK, «um mehr politischen Spielraum für ein radikales Vorgehen zu gewinnen» (S. 41). Konflikte zwischen dem OAK und der AUZ gab es zwar durchaus, deren Komplexität stellen die Autoren aber nicht adäquat dar. Fälschlicherweise wird sodann der Beschluss der unbefristeten Weiterführung des Proteststreiks in Zürich (der im Text korrekt als 24-stündig, in einer Bildunterschrift aber als «halbtägig» bezeichnet wird) auf die gewaltsame Auflösung der Versammlung auf dem Münsterhof durch Ordnungstruppen am 10. November zurückgeführt. Dies, obwohl bereits aus der beigegebenen Abbildung textimmanent hervorgeht, dass der Beschluss *vor* diesen Ereignissen gefällt und bekanntgegeben wurde (S. 43–45).

Nebst diesen Irrtümern fallen auch verschiedene Auslassungen auf: Zum Ersten Arbeiterkongress vom 27. und 28. Juli 1918 führen die Autoren aus, von den 33 Rednern hätten nur 7 für die Option «verhandeln» plädiert, während die übrigen 27 direkt zum Landesstreik schreiten wollten. Abgesehen davon, dass 7 und 27 nicht 33 ergibt, wäre dann aber erklärungsbedürftig, warum in der Schlussabstimmung mit 277 zu nur 4 Stimmen *für* Verhandlungen und nur optional für einen Streik votiert wurde. Sodann wird ausführlich aus Willes Generalstreik-Memorial vom 4. November zitiert, aber unterschlagen, dass der General am selben Tag die bisherigen Besatzungstruppen aus Zürich abzog, um der Zürcher Regierung ihre Abhängigkeit von der Armee zu demonstrieren. Schliesslich findet sich – als Entlastungsangriff zugunsten des als tendenziell besonnen dargestellten Wille – die Bemerkung, es sei «auffällig, dass mit den Militärs de Perrot und de Vallière zwei Welschschweizer Akteure und Autoren wesentlich zum Revolutionsphantasma und zum Revolutionsmythos beitrugen» (S. 48). Dabei wird jedoch verschwiegen, dass beide einen Teil ihrer militärischen Sozialisation in deutschen Armeen genossen hatten, und ebenso, dass Wille selbst bereits spätestens seit April 1918 mit der Behauptung einer auf der Zimmerwald-Konferenz beschlossenen Schweizer Revolution hausierte.

Am gravierendsten ist indessen die völlige Unterschlagung von Kontextinformationen zur (schweizerischen und internationalen) Streik- und Protestwelle von 1917 bis 1919, in die sich der Landesstreik einbettet. Beispielsweise beteiligten sich in diesen Jahren zwischen 207 000 (1917) und 440 000 Personen (1919) an Lohnbewegungen. Dies entspricht der gleichen Grössenordnung wie die Viertelmillion Beteiligte am Landesstreik, für deren Motivation sich die beiden Autoren überhaupt nicht zu interessieren scheinen. Selbst ohne den Landesstreik war 1918 in der helvetischen Streikgeschichte mit 269 Ausständen und zwei lokalen Generalstreiks ein Rekordjahr. All dies legt es nahe, den Landesstreik nicht als simplen Showdown zu sehen, sondern als Element der «Global Revolution of Rising Expectations» (Jörn Leonhard) ab 1917. Was in der Einleitung des Bandes als «kritische, ideologiefreie Aufarbeitung» (S. 15) angekündigt wird, erweist sich insge-

samt als eine methodisch fragwürdige, mit der heissen Nadel gestrickte Streitschrift, die kaum neue Erkenntnisse generiert.

Erwin Horat analysiert demgegenüber quellennah die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Kantons Schwyz. Einen Schwerpunkt legt er auf die Massnahmen gegen die Versorgungsprobleme, die er als ungenügend taxiert. Die Wehrmännerunterstützung, die gemäss eidgenössischer Militärorganisation in Ergänzung zum Sold bei nachgewiesener Bedürftigkeit auf Antrag auszurichten war, wurde im Kanton Schwyz nur sehr zurückhaltend und in der Regel in Naturalien gewährt. Trotzdem beanspruchten fast 40 % der Wehrmänner oder deren Angehörige während kürzerer oder längerer Zeit Notunterstützung. Ein zweiter Teil des Artikels befasst sich mit der politischen Kultur im Kanton Schwyz im Anschluss an Weltkrieg und Landesstreik. Insbesondere die Katholisch-Konservativen instrumentalisierten das Narrativ vom Landesstreik als bolschewistischen Umsturzversuch bis in die 1930er Jahre für Wahlkampfzwecke und schoben der Arbeiterbewegung auch die Schuld an den Grippetoten zu.

Daniel Annen befasst sich mit Meinrad Inglins *Schweizerspiegel.* Die Zentralschweiz spielte im 1938 erstmals veröffentlichten Hauptwerk des Schwyzer Schriftstellers kaum eine Rolle. Annen verortet Inglins *Opus Magnum* und andere seiner Werke in der Geistigen Landesverteidigung und kommt dann auf zwei zentrale Motive, das Spannungsverhältnis zwischen Gefühl und Vernunft sowie den «rechtzeitigen Gefechtsabbruch» (S. 82 f.), zu sprechen. In weiteren Abschnitten diskutiert er andere Werke Inglins mit stärkerem Bezug zur Zentralschweiz, so den Erstling *Die Welt in Ingoldsau* (1922), *Jugend eines Volkes* (1933) und *Ehrenhafter Untergang* (1952).

Peter Omachers Beitrag schliesslich analysiert die verheerende Wirkung des Kriegsausbruchs auf die Luzerner Fremdenverkehrsindustrie. In den beiden vorangegangenen Jahrzehnten hatte sich die Anzahl Touristen verdoppelt, die Zahl der Hotelbetten sogar verdreifacht. Aufgrund sinkender Renditeaussichten waren die Baugesuche aber bereits seit 1911 stark rückläufig. Der Kriegsausbruch traf die Luzerner Hotellerie dann sehr hart. Einige Hotels machten bereits im Juli 1914 dicht, andere blieben zunächst geöffnet, fuhren aber massive Verluste ein. Das Gastgewerbepersonal flüchtete teilweise in andere, schlechter bezahlte Berufe und die ganze lokale Wirtschaft spürte den durch das Ausbleiben ausländischer Touristen versursachten Einbruch. Erst im Jahr 1957 sollte in Luzern wieder ein neues Hotel eröffnet werden.

Christian Koller, Zürich

Andrea Althaus, **Vom Glück in der Schweiz? Weibliche Arbeitsmigration aus Deutschland und Österreich (1920–1965)**, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2017, 447 Seiten, 6 Abbildungen.

Die schweizerische historische Migrationsforschung ist in Bewegung. Nachdem das Forschungsinteresse lange auf den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit Migration gerichtet war, sind HistorikerInnen in jüngster Zeit darum bemüht, Migrierende als handlungsmächtige AkteurInnen sichtbar zu machen und ihre Erfahrungen in die Forschung miteinzubeziehen. Andrea Althaus Buch *Vom Glück in der Schweiz?*, das auf einer an der Albert-Ludwigs-Universität eingereichten Dissertation beruht, leistet einen innovativen Beitrag zu diesem Perspektivenwechsel. Im Zentrum der Studie stehen die mündlichen und schriftlichen Migrationserzählungen von 79 Frauen, die zwischen 1920 und 1965 als Haus- oder Gastgewerbeangestellte aus Deutschland und Österreich in die Schweiz migrierten. Rund 30 000 österreichische und deutsche Frauen arbeiteten in diesem Zeitraum jährlich in Schweizer Haus- und Gastwirtschaften. Althaus holt diese im kollektiven Gedächtnis kaum präsenten Migrationsbewegungen nun aus dem toten Winkel einer auf die italienische Einwanderung fokussierten schweizerischen Migrationsgeschichte. Indem sie den Fokus auf Frauen legt und Geschlecht als zentrale Analysekategorie setzt, erweitert sie diese zudem um eine geschlechtersensible Perspektive.

Die forschungsleitende Frage der Studie zielt auf zwei Ebenen: Anhand erzählter und geschriebener Lebensgeschichten sollen erstens das Wanderungssystem und die Migrationserfahrungen ehemaliger «Schweizgängerinnen» rekonstruiert werden. Althaus versteht dabei Migration selbst als einen «lebensgeschichtlichen Prozess» (S. 12), der nicht nur durch soziale Bedingungen in der Kindheit und im Elternhaus geformt, sondern auch vor dem Hintergrund biografischer Erfahrungen vor, während und nach der eigentlichen Migration erinnert und erzählt wird. Methodisch gestützt auf Überlegungen der Oral History, der Erinnerungs- und Gedächtnisforschung und der historischen Diskursanalyse analysiert Althaus die Migrationserzählungen daher nicht nur auf deren Inhalt, sondern auch auf deren narrative Gestaltung und auf «Vergangenheits- und Selbstkonstruktionen» (S. 28) hin. Zweitens werden die lebensgeschichtlichen Erzählungen über den Einbezug von behördlichen Dokumenten, Unterlagen von Frauenvereinen sowie Zeitungsartikeln historisch kontextualisiert und in einem breiteren ökonomischen, rechtlichen, politischen und diskursiven Rahmen verortet.

Die Autorin veranschaulicht auf sprachlich anregende und analytisch differenzierte Art und Weise, dass akteurszentrierte und geschlechtersensible Perspektiven das Potenzial haben, Migrationsbewegungen neu zu interpretieren. Im zweiten Kapitel zu den migrationspolitischen Rahmenbedingungen bricht Althaus mit einem Masternarrativ, welches Arbeitsmigration ausschliesslich mit männlichen Akteuren verbindet. Ledige Frauen aus Deutschland und Österreich machten zwischen 1920 und 1960 die Mehrheit der Arbeitsmigrierenden in der Schweiz aus. Dies verdeutlicht, dass die Feminisierung der Migration, die von der Forschung bisher erst ab den 1970 Jahren konstatiert wurde, erstens histo-

risch weiter zurückreicht und zweitens nicht, wie oft angenommen, an die Migration von Frauen im Familienverbund gekoppelt war. Ausländische Frauen wurden von staatlichen Behörden und privaten ArbeitgeberInnen gezielt angeworben, um den latenten Personalmangel in Hausdienst und Gastgewerbe auszugleichen. Gleichzeitig waren sie mit fremdenfeindlichen Ressentiments konfrontiert, die sich in einem ebenfalls feminisierten Überfremdungsdiskurs niederschlugen. Weibliche ausländische Hausangestellte wurden nicht nur als wirtschaftliche Konkurrenz zu den Schweizerinnen gesehen, sondern – aufgrund ihrer Reproduktionsfähigkeit und ihrer Nähe zu Schweizer Haushalten, Kindern und Familien – auch als gesellschaftliche Bedrohung des Staates aus seinem «innersten Kern» heraus.

Im Hauptteil der Studie zoomt Althaus in mikrogeschichtlicher Manier auf einzelne Lebensstationen ihrer Protagonistinnen. Durch die dichte Beschreibung wähnt sich die Leserin nahe an den einzelnen Frauen und begleitet diese zunächst in die Kindheit und Jugendzeit und anschliessend, nach dem Entscheid zur Migration und die damit verbundenen Vermittlungsbemühungen und Behördengänge, auf der Reise über die Grenze bis in die schweizerischen Haushalte und Gaststuben und in die detailliert beschriebenen Arbeitsverhältnisse hinein. Abschliessend fragt Althaus nach der subjektiven Deutung von Migration und deren Einordnung im lebensgeschichtlichen Kontext. Ihre Ergebnisse widerlegen einmal mehr eindimensionale Push-Pull-Erklärungen und zeigen auf, dass ökonomische Motive einen von mehreren Beweggründen für Migration darstellen. Die meisten der befragten Frauen erklärten ihren Migrationsentscheid mit dem Bedürfnis, aus dem Elternhaus auszubrechen, sich von gesellschaftlichen Normen zu emanzipieren, zu reisen, ein Abenteuer zu erleben, eine verwehrte Schul- und Berufsbildung nachzuholen und sich weiterzubilden. Als gesellschaftlich akzeptierte Form der Frauenmigration diente ihnen die Arbeit in Schweizer Haus- und Gastwirtschaften als Mittel, um solche Vorhaben zu verwirklichen. Die überwiegende Mehrheit der interviewten Frauen beschreibt ihre Zeit in der Schweiz als «besonders schöne, häufig gar schönste Zeit des Lebens» (S. 353). Diese Deutung von Migration als ein emanzipativer Prozess des Aus- und Aufbruchs und des Selbständigwerdens kann einerseits als ein fruchtbares Gegennarrativ zu Forschungsperspektiven gelesen werden, die Migration in Begriffen von ökonomischer Notwendigkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung beschreiben. Andererseits verweist gerade diese abschliessende Deutung auf einen neuralgischen Punkt der vorliegenden Studie. Dieser liegt in einer Norm begründet, die Althaus einleitend selbst beschreibt, nämlich, dass wir, wenn wir unser Leben erzählen, «ein 'gelingendes Leben' erzählen, eine bruchlose, homogene, in sich konsistente Identität präsentieren können» (S. 43). Dieser normativen Vorgabe folgend werden in Lebensgeschichten Brüche, Umwege und Ambivalenzen narrativ gekittet, geglättet und geklärt, wobei auch Erinnerungen in ständiger Bewegung sind und Lebens- und Migrationserfahrungen je nach Zeitpunkt des Erzählens unterschiedlich gedeutet werden. Althaus reflektiert diese Dimension erinnerter Geschichte allerdings stets mit, indem sie die Migrationserzählungen konsequent im Hinblick auf den biografi-

schen und historischen Kontext interpretiert, was ihr Buch zu einem methodisch wie auch inhaltlich wichtigen Beitrag sowohl zur geschlechtersensiblen Migrationsforschung als auch zur Oral History und historischen Erinnerungsforschung macht.

Sarah Baumann, Universität Freiburg